

elam

DAS JUGENDMAGAZIN

Sonderausgabe Dezember 1976

Was sie will
Wie sie wirklich ist
Wofür sie lebt,
lernt
und arbeitet

**JUGEND
'77**

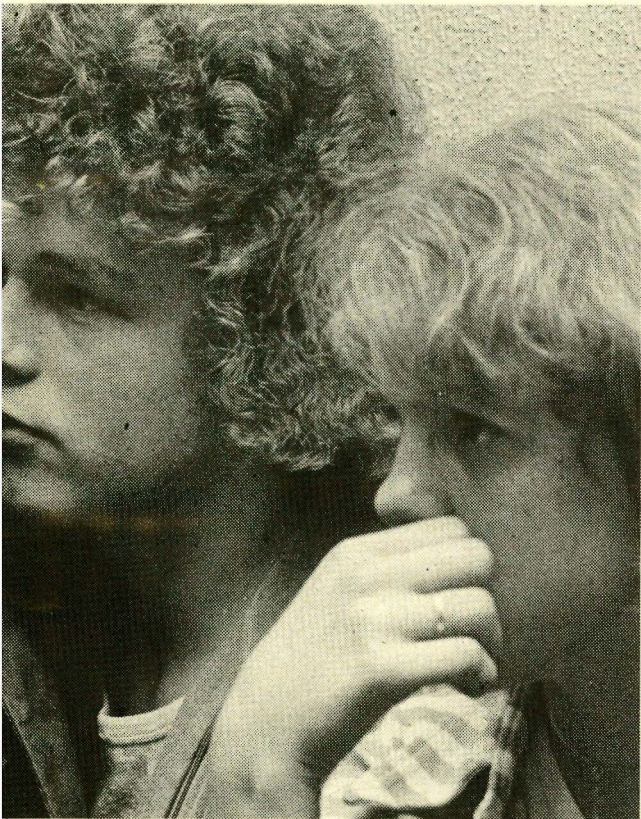


**JUGEND
'77**

Kritisch Aufges Unbeq



n schlosssen uem



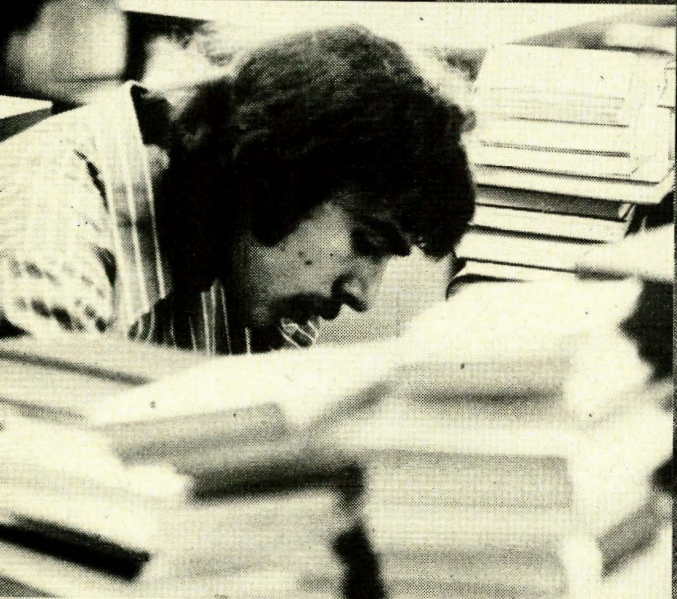
Die Jugend '77 gibt es nicht. Aber es gibt Leute, die sie ununterbrochen finden und erfinden, die angepaßte, maulhaltende Jugend. Und diese Leute haben allen Grund, Trendwenden vom Protest zur Anpassung zu beschwören. Sind doch die Zustände, unter denen Jugendliche aufwachsen, immer unerträglicher geworden. Lehrstellenmangel, Arbeitslosigkeit und Numerus clausus werden immer

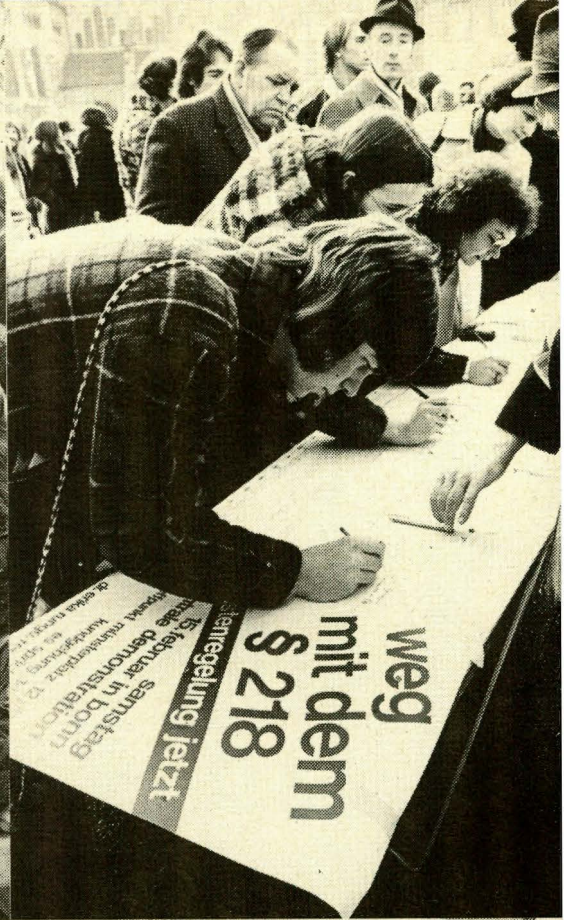
bedrückender. Kein Wunder, daß sie in ihrer Angst vor dem wachsenden Unmut, der Stärke und Tiefe der Bewegung unter der Jugend sich junge Leute wünschen, die ihre Schnauze halten und für gesellschaftliches Engagement keinen Nerv haben. Es gibt die engagierten Mädchen und Jungen – engagiert für sich und andere.





Sie fragen nach ihrer Zukunft, aber nicht mit Hasenherzen. Sie stellen Fragen. Unbequeme Fragen nach der Perspektive dieser Gesellschaft. Sie fordern Alternativen zu ihrer Situation und der ihrer Kollegen in Betrieb, Schule und Universität. Sie zeigen ihre Bereitschaft, dafür auch etwas zu unternehmen. Und auch die Trendwenden-Beschwörer sehen die Fakten: Noch nie war die Zahl der jungen Arbeiter und Lehrlinge, die an kleinen und großen Aktionen zur Verbesserung der Ausbildung, des Jugendarbeitsschutzes und für mehr Lehrstellen und Arbeitsplätze teilgenommen haben, größer als in den vergangenen zwei Jahren. Das wird sich auch '77 nicht ändern. Nie gab es stärkere Aktivitäten der Schüler für den Erhalt und den Ausbau ihrer Rechte, für eine bessere Bildung als 1975/76. Sie werden auch





im kommenden Jahr nicht den Mund halten. Und in den beiden letzten Jahren gab es breitere und stärkere Bewegungen in der Studentenschaft als zuvor. In den Universitäten und Hochschulen wird

auch 1977 kein Jahr der Ruhe sein. Natürlich gibt es auch die Muffe-Typen und Karriere-Jungs, die Mode-püppchen und Haus-mütterchen, die Angepaßten und Hasenherzen. Und es gibt eine

große Masse der Jugend, die dem Druck der Erpresser nicht entgegentritt, die mehr Angst vor Berufsverbot hat als Mut zum Protest, die, die sich für eine Lehrstelle ducken anstatt zu kämpfen.





Sie alle hocken
gemeinsam in der
Kantine, drücken die
gleiche Schulbank,

sitzen in denselben
überfüllten Hörsälen
der Universitäten.
Und wenn es zum

Beispiel um die
Freizeit geht, um das
Jugendhaus, werden
aus vielen Leck-



mich-am-Arsch-
Jugendlichen
Mitstreiter. Vielleicht
zaghafte, zunächst

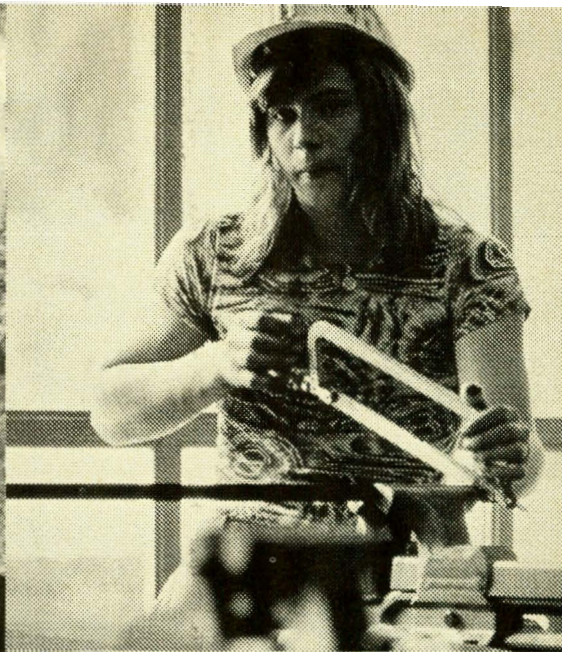
vorsichtige. Auch
gegen den Abbau
von Lehrstellen und
Arbeitsplätzen

waren und sind sie
erst vorsichtig. Aber
sie haben Listen
unterschrieben,





haben in offiziellen Untersuchungen ihre Bereitschaft bekundet, für ihre Forderungen auf die Straße zu gehen. Natürlich drücken die Zehntel-Noten und ein drohendes Berufsverbot. Doch die Schüler '77 lassen ihre Schülervertretung nicht hängen, wenn der Kultusminister sie unter Druck setzt. Selbstverständlich drohen Lehrstellenabbau und Jugendarbeitslosigkeit. Doch der junge Arbeiter '77 läßt sich seinen Jugendvertreter nicht kampflos rauschmeißen. Und der Lehrling '77 steht nicht mehr abseits, wenn die älteren Kollegen für die Sicherung ihres Lebensstandards die Brocken hinschmeißen. Er streikt mit für seinen Lehrlingslohn. Und denkt dabei natürlich an sein persönliches Glück, an seine private Zufriedenheit, an sein Mofa oder an ein Auto, an die eigene Wohnung und den Urlaub.



Er will es erhalten oder erst gewinnen. Jugend '77 will lachen und fröhlich sein, auf Feten gehen und Shows besuchen. Sie will sich nicht isolieren,

sondern viele Freunde haben und viele Menschen kennenlernen. Sie will flirten und lieben. Sie will auch Kinder haben, Wunsch Kinder.



Väter und Mütter '77 haben nicht Angst vor Karrieretypen oder vor fordernden Streitern, höchstens Angst um ihre Söhne und Töchter und deren Zukunft. Und den Jungen und Mädchen '77 ist es nicht egal, ob in Chile der blutige Terror regiert oder die Freiheit siegt, ob im südlichen Afrika die Völker um ihre Befreiung kämpfen oder unterjocht werden. Sie setzen sich ein in einer breiter und stärker gewordenen anti-imperialistischen Bewegung. Sie geben Unterschriften für die Befreiung der Eingekerkerten des Imperialismus und Groschen und Mark für die Unterstützung der Befreiungsbewegungen in aller Welt. Zigtausende von Mark knapsten sie ab von mageren Lehrlingslöhnen, winzigen BAFÖGs und kurzem Taschengeld. elan hat sich selbst umgehört. Die Ergebnisse liegen vor.



Jugend im Betrieb

In Hannover kappten die Kaufhof-Bosse jugendlichen Hilfsarbeitern unter 18 den Berufsschulunterricht, und Kultusminister Remmers gibt ihnen dazu seinen Segen. In Hamburg verteilt der Senat auf Antrag der Unternehmer die zwölf Wochenstunden Berufsschulunterricht auf einmal sieben und einmal fünf Stunden und will so den Berufsschülern zwei freie Nachmittage entziehen, die ihnen nach dem neuen Jugendarbeitsschutzgesetz zustehen. In Osnabrück hält es das Kaufhaus L & T für einen guten Gag, bei einem Preisausschreiben eine Lehrstelle als ersten Preis zu stiften. In Witten sollen bei Thyssen 20 Lehrlinge nach der Lehre gefeuert werden. In der Tarifrunde Anfang 1976 wollten die Chemie-Konzerne nicht mit der geforderten Erhöhung der Lehrlingslöhne über Land kommen.

Schlucken die Jugendlichen diese Schweinereien und ihre Wut darüber still in sich rein? So müßte es aussehen, wenn die vielbeschworene Tendenzwende unter der Jugend mehr wäre als ein Wunschtraum in Chefetagen und manchen Redaktionszimmern. Ans Schlucken kamen die Herren in den Vorstandszimmern im Kaufhof, als ein betroffener Jugendlicher bei ihnen anklopfte und ihnen den Roten Kuckuck, das Pfandsiegel der Arbeiterjugend, auf den Tisch knallte. Die Jugend der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen hält nicht still. Die Unruhe dringt bis in den niedersächsischen Landtag: Große Anfrage an Minister Remmers. Und Minister Remmers leugnet vor dem Landtag krampfhaft, daß er je-

mals die Berufsschulpflicht für Jugendliche unter 18 auf allgemeinen Unternehmerwunsch aufgehoben hat. Schülerkammer Hamburg: Hier laufen jeden Abend dieser Aktionswoche gegen den 7:5-Erlaß die Meldungen zusammen. „Wie ist die Vollversammlung an eurer Schule gelaufen? Die Resolution wurde einstimmig angenommen?“ „Freitag gehen wir mit einer Delegation zum Kultusminister und übergeben die Unterschriften, die wir gegen seinen Erlaß gesammelt haben.“ Die Geschäftsleitung von L & T in Osnabrück muß erfahren, daß die Arbeiterjugend keinen Spaß versteht, wenn es um Lehrstellen geht. Die CAJ machte Wirbel in der Stadt, und die Geschäftsleitung verlor statt der Lehrstelle ein tragbares Fernsehgerät – und mit einer improvisierten Losziehung machten betroffene Jugendliche klar, welches Schindluder hier mit den Zukunftshoffnungen der Jugendlichen getrieben wird. „Aber das könnt ihr doch nicht machen!“ rief der Pförtner bei Thyssen verstört. Aber er ertete nur Gelächter. Jugendliche pfänden Thyssen mit dem Roten Kuckuck. Schon prangt die Urkunde am Pförtner-Gebäude. Nach einer Jugendversammlung zogen bei BASF in Ludwigshafen einmal 1500 und einmal 500 Lehrlinge vor Betriebsrat und vor das Direktionsgebäude. In Sprechhören forderten sie die Durchsetzung der tariflichen Forderungen.

Das waren nur ein paar Beispiele, wahllos herausgegriffen aus vielen anderen. Aktionen, die keinen Platz in der Presse und in den Nachrichten fanden, die aber viele Jugendliche einbeziehen und von großer Bedeutung sind und oft auch zu Erfolgen führen.

So war die Jugend '76: Bereit, sich für ihre Rechte einzusetzen, dabei voller Ideen. In vielen Städten flogen die Fäuste im Kampf um die letzte Lehrstelle. Geläch-

JUGEND '77

ter und Zustimmung der Passanten sind den beiden Kämpfenden sicher, wenn sie am Schluß gemeinsam gegen den „Boß“ vorgehen und aus ihm ausreichend Lehrstellen „herausschlagen“. Olympische Fackelläufe und Hindernisläufe für Lehrstellen, die Berufsausbildung im Sarg und im Krankenbett, Suche nach der Stecknadel im Heuhaufen, um zu zeigen, wie schwierig es ist, eine Lehrstelle zu bekommen, Lehrstellenroulett, Tribunale gegen Unternehmer und Lehrlingsfeten – Politik, Aktionen und Spaß an der Sache gehören zusammen.

DGB-Jugend

Die Krise 1974/76 und mit ihr das Verschärfen von (Jugend)Arbeitslosigkeit, Ausbildungsplatzminderung und Ausbildungsverschlechterungen, verstärkter Rationalisierungs- und Leistungsdruck, Konkurrenz zwischen Arbeitnehmergruppen und zwischen jüngeren und älteren Kollegen, die verstärkten Versuche des Umgehens von Schutzbestimmungen und Arbeitnehmerrechten usw. – all das ist nicht spurlos am Bewußtsein und Verhalten unserer Mitglieder und Funktionäre und erst recht nicht an dem der breiten Masse der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und den Verwaltungen vorübergegangen.

Vielorts erschweren Angst, Entsolidarisierung, Resignation, politische Apathie oder konservative Tendenzen (wie z. B. beim Jungwählerverhalten zur Bundestagswahl) eine wirksame Interessenwahrnehmung und Interessenvertretung. Auf der anderen Seite gibt es – gerade auch im Jugendbereich – Ansätze und Anzeichen dafür, sich gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf die Beschäftigten zur Wehr zu setzen, sich mit den Ursachen dieser Probleme zu befassen und die eigene Arbeit verstärkt auf die Überwindung dieser Ursachen und nicht (nur) auf das Kurieren ihrer Folgen auszurichten.

Dieser Beitrag stammt aus einem Artikel von Walter Haas, Bundesjugendsekretär des DGB, zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit in der Zeitschrift Solidarität 10/76.

„Mensch, Paul, ich hatte hier doch eine Karikatur hingelegt! Rück die sofort raus, damit wir die Zeitung endlich fertig haben!“ Hier entsteht gerade eine der heute etwa 1000 jugendeigenen Betriebs- und Lehrlings-Zeitungen – die kleinen Blätter mit der großen Wirkung. Immer mehr Jugendliche schreiben in eigenen Zeitungen über ihre eigenen Probleme in der Freizeit und am Arbeitsplatz, über zu niedrige Lehrlingslöhne, miese Ausbildung, Lehrstellenabbau, zu wenig Lehrer in der Berufsschule. Noch nie war die Zahl der Blätter, die diese Informationen unter Kollegen und Freunden verbreiten, so groß.

Jugend in Aktion

Die wichtigsten örtlichen und zentralen Aktionen gegen Lehrstellenabbau und für ein neues Berufsbildungsgesetz:

Oktober 1974, Kiel: 2500 bei einer Demonstration des DGB Nordmark

25. 1. 1975, München: 10 000 bei einer Demonstration der SDAJ und des MSB Spartakus

1. 2. 1975, Mainz: 3000 bei einer Demonstration des DGB Rheinland-Pfalz

19. 2. 1975, Hamburg: 15 000 bei einer Demonstration der Koordinierungskonferenz Hamburger Jugendverbände

Mitte Februar 1975, Ludwigshafen: 2000 bei einer Demonstration der DGB-Jugend

1. 3. 1975, Köln: 5000 bei einer Demonstration der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ)

19. 4. 1975, Dortmund: 30 000 bei einer Demonstration der DGB-Jugend NRW

Juni 1975, Flensburg: 450 bei einer Demonstration des DGB Flensburg

Juni 1975, Stuttgart: 15 000 bei einer Demonstration des DGB Baden-Württemberg

14. 6. 1975, Hannover: 12 000 bei einer Demonstration des DGB Niedersachsen

29. 6. 1975, Passau: 500 bei einer De-

monstration des DGB, der CAJ, der katholischen Landjugend und der evangelischen Industriejugend

September 1975, Völklingen: 500 bei einer Demonstration der IG Metall Völklingen

25. 10. 1975, Gießen: 4000 bei einer Demonstration des DGB Hessen

8. 11. 1975, Dortmund: Über 50 000 bei der zentralen Demonstration und Kundgebung des DGB

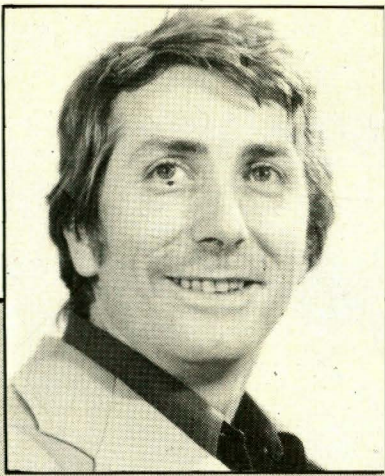
Januar 1976: Im Rahmen der Aktion „Stifte mit Köpfen“ sammelt die Jugend der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) 105 000 Unterschriften für die Schaffung von mehr Lehrstellen und für ein neues Berufsbildungsgesetz

Februar 1976: Aktionsmonat der Hamburger Jugendverbände zur Jugendarbeitslosigkeit

Juni 1976: Aktion „Lehrstellenfinanzierung“ der DPG, Aktionen und Demonstrationen im Bereich fast aller Oberpostdirektionen, über 40 000 Unterschriften

15. 6. 1976, Hamburg: 6000 bei einer Demonstration Hamburger Jugendverbände im Rahmen der DPG-Aktion

September/Oktober 1976, Kassel: Aktionstag des Landesjugendrings Hessen gegen Jugendarbeitslosigkeit



Wohin geht die Jugend?

Von Wolfgang Gehrcke, Bundesvorsitzender der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ)

Hunderttausende Lehrlinge und junge Arbeiter, Schüler und Studenten haben sich in den vergangenen Jahren und Monaten an Aktionen und Demonstrationen für ihre sozialen und politischen Rechte beteiligt. Die größte Bewegung für soziale Rechte hat die Jugend der Bundesrepublik mit der Kampagne gegen Lehrstellenabbau und Jugendarbeitslosigkeit entwickelt.

Unsere Erfahrungen im Kampf für die Grundrechte der Jugend, unser beständiges Ringen um die Einbeziehung größerer Teile der Jugend in diesen Kampf bewahren uns vor Illusionen. Wir übersehen nicht, daß noch zu viele Jugendliche abseits stehen; daß zu viele aus Angst vor Gesinnungsschnüffelei, aus Angst um ihren Arbeitsplatz fortschrittlichen Aktionen oder Organisationen der Jugend fernbleiben, mit deren Zielen sie sympathisieren.

Aber bestimmend waren die Aktionen

Das Prägende der vergangenen Jahre und Monate, in denen sich die Jugend der krisenhaften Entwicklung des kapitalistischen Gesellschaftssystems ausgesetzt sah, waren die kämpferischen Aktionen, war der ständig wachsende Teil der Jugend, der sich aktiv für seine Rechte einsetzt.

Die arbeitende und lernende Jugend unseres Landes hat keinen rosigen Ausblick in das Jahr 1977.

Weit über Hunderttausend Schulabgänger, die ohne Lehrstelle geblieben sind, die jungen Arbeitslosen, die Abiturienten ohne Studienplatz, die Lehrlinge, die ihre Lehre beenden und um einen Arbeitsplatz bangen – sie alle gehen in eine ungesicherte Zukunft.

Verschärfter Druck in Betrieben, Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei verstärken diese Zukunftsangst. Die Bewegung derer, die sich mit ihrer Lage nicht abgefunden haben und für ihre Rechte aktiv geworden sind, soll mit solchen Repressalien klein gehalten und behindert werden.

Was also soll sich ein Jugendlicher, der keine Lehr- oder Arbeitsstelle hat, der seinen Eltern auf der Tasche liegt, wo er auf eigenen Füßen stehen möchte, der weiß, daß er mit einer unzureichenden Ausbildung in die Zukunft geht, vom Jahr

1977 wünschen? Ist es unter diesen Bedingungen verwunderlich, daß an der Spitze seiner Zukunftswünsche ein sicherer Arbeitsplatz, eine glückliche Familie, ein qualifizierter Beruf stehen?

Diese bescheidenen Wünsche der Jugend werden ihr im kapitalistischen Gesellschaftssystem verwehrt. Sie durchzusetzen ist eine Kampfaufgabe für die arbeitende und lernende Jugend.

Vor diesem Hintergrund sehen wir die Versuche bürgerlicher Meinungsforscher, eine Tendenzwende „Weg vom politischen Engagement“ unter der Jugend auszumachen. Es sind Versuche, die heutige Jugendgeneration nach rechts zu schreiben, weil ihr Handeln nicht mit den Wünschen der Herrschenden in unserem Land übereinstimmt.

So kommt es, daß Zeitungen und Magazine, die die größten Aktionen und Demonstrationen der Jugend in den vergangenen Jahren entweder totgeschwiegen oder sie diffamiert haben, in Krokodilstränen ausbrechen, weil „Demonstrationen kaum noch stattfinden“ (Stern, 30. 9. 1976) mangels politischer Aktivität der Jugend! Diese „Stern“-Deuter sagen in einem Report über die Jugend weiter: „Sie denkt immer zuerst an die eigene Zukunft und einen angemessenen Lebensstandard, aber nicht an den Kampf für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Die Jugend '76 geht nicht für andere auf die Straße wie die Protestgeneration von 1968.“

Jede Jugend macht ihre eigenen Erfahrungen

Diese Argumente sind schon widerlegt, wirft man einen Blick auf die politischen Aktionen der Jahre 75 und 76. Für was sind denn die zehntausenden Demonstranten in Brokdorf, die sich für Bürgerrechte engagieren, die tausenden Schüler aus Kassel, die gegen Lehrermangel eintreten, auf die Straße gegangen, wenn nicht für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

Die heutige Jugend muß ihre eigenen Erfahrungen in der Krise machen, jede Generation geht ihren eigenen Weg, findet ihre eigenen Aktionsformen, die der konkreten gesellschaftlichen Situation und ihrem eigenen Bewußtseinsstand entsprechen. Und wenn heute im Rahmen der „Tendenzwende“ ein Gegensatz konstruiert werden soll zwischen dem „Geist von '68“, seinem „gesellschaftskritischen Elan“ und der heutigen Jugendbewegung, so können wir nur sagen: Was uns

von 1968 unterscheidet, ist kein Rückschritt in der Geschichte der demokratischen Jugendbewegung. Im Gegenteil: Diese Bewegung hat sich weiterentwickelt. Was den Aktionen der Jugend in den späten 60er Jahren am meisten gefehlt hat, weist die Bewegung heute auf: eine breite Verankerung unter der Arbeiterjugend; die enge Verbindung mit ihren Massenorganisationen, mit den Gewerkschaften; die Kraft der marxistischen Organisationen der Arbeiterklasse, der marxistischen Partei, des Jugend- und Studentenverbandes, die damals in der Phase ihrer Neukonstituierung bzw. Gründung waren.

In der Jugendbewegung der letzten zwei Jahre hat die Arbeiterjugend die entscheidende Rolle gespielt. Zum ersten Mal seit vielen Jahren überwog der Anteil der Arbeiterjugendlichen bei den Demonstrationen. Die Vielfalt, Attraktivität und Überzeugungskraft der Aktionen hat wesentlich zugenommen. Dabei wurde der gemeinsame Kampf von Arbeiterjugend und Studenten weiterentwickelt. – Die gleichgerichteten Forderungen für soziale und demokratische Rechte, die zunehmende Erkenntnis des gemeinsamen Gegners, der Monopole und ihrer Politiker, die Verbreiterung der Aktionsformen ließen Arbeiterjugendliche und Studenten stärker zu einer gemeinsamen Sprache finden.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung beklagt (in dem oben zitierten Artikel, 6. 11. 1976): „Wo damals, 1968, Systeme und Strukturen verwandelt werden sollten, steht heute – was die breite Front des Protests angeht – nur die Verbesserung des Status der Studenten zur Diskussion.“

Gemeinsamer Kampf weiterentwickelt

Nur? Hunderttausende junge Arbeiter, Schüler und Studenten stehen in diesem Kampf für die Verbesserung ihrer Situation, sie entwickeln in diesem Kampf Solidarität. Mit den Erfolgen, die dort erungen werden, wächst das Bewußtsein von der eigenen Kraft. In diesem Kampf für die Grundrechte der Jugend haben sich das breite Bündnis und die Aktions-einheit weiterentwickelt. Es hat sich das Bewußtsein verbreitert, daß es nicht genügt, nur an einer Schule, einem einzelnen Betrieb Verbesserungen zu erkämpfen, daß man zusammenstehen und breite Bewegungen entwickeln muß, wenn irgendwo ein Jugendvertreter gefeuert, ein fortschrittlicher Lehrer entlassen, eine demokratische Jugendorganisation be-

droht wird. In dem Maße, wie dieses Bewußtsein sich entwickelt, wächst die Erkenntnis, daß die Probleme der Jugend im Gesellschaftssystem der Bundesrepublik begründet liegen. Die Fragen nach der Möglichkeit gesellschaftlicher Veränderungen werden heute breiter unter der Jugend und ihren Organisationen diskutiert.

Die Frage nach Veränderung der Gesellschaft wird gestellt

So wie der Widerspruch zwischen den persönlichen Wünschen und Hoffnungen der Jugend und der gesellschaftlichen Wirklichkeit der BRD mit Arbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel, schlechter Berufsausbildung Hunderttausende Jugendliche zum aktiven Handeln gebracht hat, so verknüpft sich immer stärker die Frage nach der eigenen Zukunft mit der Frage nach gesellschaftlichen Alternativen.

Während die bürgerlichen Meinungsmedien eine Tendenzwende glaubhaft machen wollen, um herbeizubeten, was das Großkapital sich wünscht, verständigen sich die Monopolvertreter auch hin und wieder offener und realistischer über ihre Einschätzung der Entwicklungstendenzen unter der Jugend. Auf der Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände 1973 wurde das so ausgedrückt: „Im Grunde ist das, was sich heute vollzieht, noch einmal der Aufschrei einer jungen Generation nach den Fragen, warum wir leben, warum wir arbeiten, warum wir Politik betreiben. Die Sinnfrage gerät in das Zentrum der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung... Wenn wir diese Frage nicht einbringen, werden wir an der Krise der Jugend scheitern (Sonderdienst zur BDA-Mitgliederversammlung 1973, S. 103/104).

Sozialistische Ideen finden immer mehr Interesse

Im Nato-Brief (Ausgabe Nr. 5/1976, Sept./Oktober) warnt der Botschafter der BRD beim Vatikan: „Das Denken eines großen Teiles der heutigen Jugend wird stark von der marxistischen Lehre beeinflusst.“ Wir wissen, daß ein solches Denken noch nicht die Mehrheit der Jugend prägt, daß am weitesten bürgerliche Ideen und Vorstellungen unter der Jugend verbreitet sind, aber wir sehen in der Gegenwart und für die Zukunft, wie stark fortschrittliche und sozialistische Ideen unter der Jugend Interesse finden: Die junge Generation erlebt große politische

Jugend erlebt Veränderungen

Veränderungen auf der Welt. Sie erlebt das Ende der kolonialistischen und rassistischen Herrschaft der Imperialisten in Afrika, Asien und Lateinamerika. Sie nimmt Anteil an der Zerschlagung des Faschismus in Europa. Der Kampf gegen den Faschismus in Chile mobilisiert viele Tausende zur Solidarität. Die Abscheu vor dem Faschismus, das aktive Eintreten für Frieden und Abrüstung schärft den Blick für reaktionäre Umtriebe in der Bundesrepublik, verstärkt die Diskussion unter der demokratischen Jugendbewegung über die Rolle und die Ziele der Bundeswehr.

Die Jugend verfolgt interessiert die Entwicklung der sozialistischen Länder, vor allem unseres Nachbarstaates, der DDR. Unter der politisch engagierten Jugend wird über den Sozialismus als gesellschaftliche Alternative für die Bundesrepublik viel diskutiert und gestritten.

Strategie der Jugendbewegung wird diskutiert

Unter den Bedingungen, daß Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel und schlechte Berufsausbildung auch in den kommenden Jahren die Hauptfragen sein werden, die vor der Jugend stehen, auf der Suche nach Lösungsmöglichkeiten und Alternativen zu der krisenhaften Entwicklung der BRD entwickeln sich zahlreiche gemeinsame Forderungen und Aktionen unter den demokratischen Jugendorganisationen. Verstärkt wird die Diskussion in allen Jugendverbänden über Zukunftsvorstellungen und Strategie der demokratischen Jugendbewegung geführt. Auch christliche Organisationen, Pfadfinder, Landjugendverbände, vereinzelt auch Sportorganisationen beschäftigen sich heute stärker mit den Problemen der Jugendarbeitslosigkeit

Das sagen die Jugendverbände

und Berufsausbildung. In zahlreichen Aussagen wird besonders nach der Bundestagswahl von den Jugendverbänden die Erkenntnis formuliert: daß es in erster Linie heute darum geht, „durch Aufklärung, Mobilisierung und Organisation von Arbeitnehmern der Macht des Großkapitals zu begegnen“ (Jungsozialisten NRW laut Welt vom 21. 10). Der Vorsitzende der Jungdemokraten, Hans-Peter Knirsch, fordert „Reformstrategien... die sich auf eine breite außerparlamentarische

Bewegung stützen“ (Rede auf dem Jugendkongreß der DJD am 28. 8. 1976). Der Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendringes hält es für notwendig; „daß sich auch die Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände zu konkreten Aktionen zur Umsetzung ihrer Forderungen zusammenschließen“ (Deutsche Jugend, Okt. '76). Die Naturfreundejugend stellt in ihrem Aktionsprogramm fest, daß „die Rechte der Jugend insgesamt... nur durch das Zusammenwirken der fortschrittlichen Jugendverbände verwirklicht werden“ (Diskussionsentwurf des Aktionsprogramms der NFJD). Der Bundesvorsitzende der SJD Die Falken, Konrad Gilges, stellt fest, „... daß es keine politische Ausgangsposition nach dem 3. Oktober gibt, die den politischen Kampf der Arbeiterjugend und damit auch den Kampf eines sozialistischen Jugendverbandes erleichtert... Nur wenn wir weiter kämpfen und nicht resignieren, kommen wir dem Ziel des Sozialismus ein Stück näher“ (Arbeiterjugend, 10/76).

Die SDAJ stellt ihre Forderungen und Vorstellungen mit dem „Aktionsprogramm für die 5 Grundrechte der Jugend“ zur Diskussion. Dieses Aktionsprogramm ist Ergebnis der Erfahrungen, die wir im Kampf der arbeitenden und lernenden Jugend gesammelt haben. In dem Aktionsprogramm heißt es: „Im Interesse der Jugend muß sofort etwas geschehen, um ihre Lage zu verbessern. Deshalb ist es notwendig, sich auf das Nächstliegende zu einigen, gegen die drängendsten Probleme vorzugehen. Dabei meldet die Jugend ihren Anspruch auf grundlegende Rechte an:

- das Recht auf demokratische und fortschrittliche Bildung und Berufsausbildung;
- das Recht auf Arbeit, soziale Sicherheit und Gleichberechtigung;
- das Recht auf sinnvolle Freizeit, Erholung, Sport und Gesundheit;
- das Recht auf Mitbestimmung und Demokratie;
- das Recht, in Frieden zu leben und zu arbeiten, ohne Militarismus und Neonazismus.“

Darum geht es jetzt

Das sind die wichtigsten aktuellen Forderungen:

- 250000 neue qualifizierte Lehrstellen müssen sofort geschaffen werden;
- das Recht auf Arbeit und Bildung muß gesetzlich verankert werden, jeder Jugendliche hat ein Recht auf Ausbildung, jeder Konzern muß zur Ausbildung verpflichtet werden.

Jugend 77 wird für diese vordringlichsten Forderungen hart kämpfen müssen - denn die Gründe, die sie 1976 in den Kampf geführt haben, bleiben.

Jugend 77 - in ihrem Interesse liegt die Weiterentwicklung des gemeinsamen Handelns der demokratischen Jugend.

Lehrjahr der Firma Ohrenstein & Koppel

<p>1. Würdest du dich dafür einsetzen, daß die Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung in deinem Stadtteil / Betrieb / Schule verbessert werden?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - dazu habe ich keine Zeit - das Freizeitangebot reicht mir aus - ich würde mich an einer Unterschriftensammlung beteiligen - ich würde mich an einer Demonstration beteiligen - ich würde in einer Freizeitinitiative mitarbeiten 	<p>Für diese Möglichkeit entschieden sich:</p> <ul style="list-style-type: none"> 18,5 % 18,5 % 33,4 % 14,8 % 44,5 %
<p>2. Würdest du dafür eintreten, daß die Berufsausbildung / Schul Ausbildung in deinem Betrieb / Schule verbessert wird?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - das könnte mich in meiner beruflichen Entwicklung behindern - die Ausbildung reicht mir aus - ich würde die Jugendvertretung / Schülervertretung unterstützen - ich würde an einer Betriebsjugendversammlung / Schülerversammlung teilnehmen - ich würde die Forderungen der Gewerkschaften auch außerhalb des Betriebes / der Schule unterstützen - ich würde an einer Demonstration teilnehmen - ich würde mich mit meinen Kollegen treffen und Möglichkeiten zur Behebung der Mißstände diskutieren - ich würde aber nur aktiv, wenn andere mitmachen 	<p>Für diese Möglichkeit entschieden sich:</p> <ul style="list-style-type: none"> 0,0 % 14,8 % 44,5 % 18,5 % 14,8 % 11,1 % 44,5 % 7,9 %
<p>3. Hast du dich schon einmal in irgendeiner Form für die Verbesserung deiner Situation eingesetzt, z. B. in Form einer Unterschriftensammlung, einer Demonstration usw.?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - ja - nein 	<p>Für diese Möglichkeit entschieden sich:</p> <ul style="list-style-type: none"> 51,8 % 48,2 %
<p>4. Meinst du, daß es möglich ist, dabei Erfolge zu erzielen?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - ja - nein - weiß nicht 	<p>Für diese Möglichkeit entschieden sich:</p> <ul style="list-style-type: none"> 81,5 % 7,4 % 11,1 %
<p>5. Interessierst du dich für Politik?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - überhaupt nicht - kaum - etwas - stark 	<p>Für diese Möglichkeit entschieden sich:</p> <ul style="list-style-type: none"> 3,7 % 14,8 % 66,7 % 14,8 %
<p>6. Meinst du, daß man sich organisieren sollte, um seine Rechte durchzusetzen (z. B. in der Gewerkschaft, in Jugendverbänden, Parteien)?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - ja - nein - ich will mich organisieren - ich bin schon organisiert - ich weiß nicht 	<p>Für diese Möglichkeit entschieden sich:</p> <ul style="list-style-type: none"> 66,7 % 3,7 % 0,0 % 25,9 % 3,7 %
<p>7. Für welche Forderungen würdest du dich zuerst einsetzen?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - bessere Ausbildung - mehr Lohn / BAFöG - Mitbestimmung - bessere Freizeitbedingungen - hinzugefügte Forderungen waren: - bessere Arbeitsbedingungen - bessere Schulausbildung - Umstrukturierung der Gesellschaftsordnung 	<p>Für diese Möglichkeit entschieden sich:</p> <ul style="list-style-type: none"> 55,6 % 55,6 % 44,5 % 40,8 % 3,7 % 7,4 % 3,7 %
<p>8. Meinst du, daß alle deine Forderungen ohne grundlegende Veränderungen, also in diesem Gesellschaftssystem, durchgesetzt werden können?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - ja - nein - weiß nicht 	<p>Für diese Möglichkeit entschieden sich:</p> <ul style="list-style-type: none"> 18,5 % 81,5 % 0,0 %
<p>9. Meinst du, daß deine Forderungen in einer anderen, in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, besser und endgültig verwirklicht werden können und daß es lohnenswert ist, sich dafür einzusetzen?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - ja - nein - weiß nicht 	<p>Für diese Möglichkeit entschieden sich:</p> <ul style="list-style-type: none"> 18,5 % 77,8 % 3,7 %

150 Klassen- sprecher in Schleswig- Holstein	11. Klasse des Bettina- Gymnasiums in Frankfurt/ Main, bestehend ausschließlich aus Realschul- absolventen	Kurs des 11. Schuljahrs an der Bettina- schule, Frankfurt
12,0 %	8,33 %	21,05 %
8,7 %	37,5 %	15,80 %
49,3 %	45,83 %	52,63 %
27,3 %	0,0 %	31,58 %
50,7 %	25,00 %	31,58 %
5,3 %	0,0 %	5,26 %
7,3 %	12,5 %	5,26 %
58,0 %	8,33 %	52,63 %
30,0 %	6,7 %	31,58 %
6,0 %	0,0 %	0,0 %
18,7 %	0,0 %	36,84 %
49,3 %	66,7 %	42,10 %
12,7 %	20,8 %	10,52 %
48,7 %	37,5 %	73,68 %
48,0 %	62,5 %	21,05 %
80,7 %	45,83 %	57,89 %
2,0 %	20,8 %	5,26 %
18,7 %	41,7 %	26,31 %
11,3 %	0,0 %	0,0 %
13,3 %	16,7 %	0,0 %
50,7 %	79,17 %	68,42 %
25,3 %	4,17 %	31,58 %
73,3 %	58,3 %	84,21 %
9,3 %	16,7 %	5,26 %
12,0 %	4,17 %	5,26 %
10,7 %	8,33 %	10,52 %
36,7 %	41,7 %	47,37 %
22,0 %	25,0 %	47,37 %
50,7 %	29,17 %	47,37 %
35,3 %	25,0 %	42,10 %
21,3 %	16,7 %	5,26 %
74,0 %	79,17 %	89,47 %
2,7 %		
42,7 %	0,0 %	42,10 %
43,3 %	91,7 %	42,10 %
8,7 %		

elan 12/76

So ist die Tendenz auch bei der Jugend'77: Die Aktionen werden weitergehen. Natürlich heißt das nicht, daß die gesamte Arbeiterjugend sich engagiert, an diesen Aktionen beteiligt ist. Aber eins ist sicher: In den vergangenen beiden Jahren hatten wir die größte sozialpolitische Offensive der Arbeiterjugend, die es je in der BRD gegeben hat. Zigttausende von Jugendlichen haben sich zum erstenmal in kleinen Aktionen am Ort und auf großen zentralen Demonstrationen und Kundgebungen für ihre Interessen eingesetzt. Über 50 000 kamen zur zentralen Kundgebung des DGB am 8.11. 1975 nach Dortmund. Aber weitaus mehr hatten sich schon an den vorbereitenden Aktionen beteiligt: 1. Februar 1975 in Mainz – 3000 kommen im strömenden Regen zur Demonstration des DGB Rheinland-Pfalz. 19. Februar 1975 in Hamburg: 16 Hamburger Jugendverbände, die in der Koordinierungskonferenz Hamburger Jugendverbände zusammengeschlossen sind, rufen zur Demonstration auf: 15 000 kommen. 19. April 1975: 30 000 füllen die Straßen von Dortmund bei der Demonstration des DGB in NRW. Und, und, und. 1975 und 1976 waren es über 500 000 Jugendliche, die sich an den verschiedensten Demonstrationen beteiligten. Organisierte und unorganisierte Jugendliche schlossen sich zusammen, erarbeiteten Dokumentationen zur Lage der Arbeiterjugend am Ort und entwickelten daraus ihre Forderungen – ob in Krefeld, Dorsten, Marburg, Göttingen, Landshut, Wolfsburg, Nordend und anderswo. In vielen Städten konnten die Initiativen solche Forderungen durchsetzen wie kostenlose Benützung städtischer Einrichtungen durch jugendliche Arbeitslose und ähnliches (u. a. in Marburg und Kassel). Die Jugend der Postgewerkschaft sammelte allein in diesem Jahr mehr als 100 000 Unterschriften für mehr Ausbildungsplätze bei der Post. Im Zuge der Aktion „Lehrstellenfinanzierung“, die die Jugend der Deutschen Postgewerkschaft im Juni dieses Jahres durchführte, fanden in fast allen Postdirektionen Versammlungen, Demonstrationen, Tribunale statt. In Unterstützung dieser Aktion besetzten arbeitslose Jugendliche in Hamburg eine Lehrwerkstatt der Oberpostdirektion, in der Lehrstellen unbenutzt sind. Eine Umfrage unter den Lehrlingen der Firma Ohrenstein und Koppel in Dortmund ergab, daß 81,5 Prozent der Lehrlinge davon überzeugt sind, daß man durch Aktionen und Demonstrationen Erfolge erzielen kann. An der Spitze der Forderungen, für die sie sich einsetzen würden, stehen bessere Ausbildung, mehr Lohn und Mitbestimmung. Ihre Erfahrungen bei der Lehrstellensuche und in der Ausbildung haben sie mißtrauisch gegenüber dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung gemacht: 81,5 Prozent glauben nicht, daß ihre Forderungen in diesem Gesellschaftssystem verwirklicht werden können. Aber nur 18,5 Prozent sind der Meinung, daß das in einer sozialistischen Gesellschaft besser möglich sei und daß es deshalb lohnenswert sei, sich dafür einzusetzen. So widersprüchlich auch einzelne Aussagen in der Umfrage sein mögen, eins kommt nicht zum Ausdruck: Resignation, Ablehnung von Engagement und Aktionen. Dabei haben es die Unternehmer nicht an

Einschüchterungen fehlen lassen: Über 600 Jugendvertreter schmissen sie raus, wenn sie ihre Lehre beendet hatten, drohten: So geht es denen, die sich für ihre Interessen und die ihrer Kollegen einsetzen. Aber ihre Rechnung ging nicht auf: Zigttausende von Lehrlingen und jungen Arbeitern gingen unter der Losung „Von den Kollegen gewählt – von den Bossen gefeuert“ auf die Straße, allein über 5000 bei einer Demonstration in Köln. Sie ließen ihre Interessenvertreter nicht allein, bildeten Solidaritätskomitees. So erkämpften sie den Paragraphen 78 a im Betriebsverfassungsgesetz, der den Jugendvertretern etwas mehr Schutz vor Entlassung gibt. Aber der Schuß ging auch in anderer Hinsicht den Bossen nach hinten los: Vielen Jugendlichen wurde die Bedeutung ihrer Jugendvertretung klarer. Die Wahlbeteiligung bei den Jugendvertreterwahlen im Mai/Juni '76 war überraschend, im Bereich der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands lag sie z. B. bei knapp 90 Prozent. Siegfried Bleicher, stellvertretender Vorsitzender des DGB NRW stellte u. a. fest: „Die überraschend hohe Wahlbeteiligung zeigt, daß die betriebliche Jugendvertretung von den jungen Arbeitern und Angestellten ernstgenommen wird und die Jugend insgesamt politisch bewußter geworden ist.“ In den Vorbereitungen von zentralen und örtlichen Aktionen, besonders in der Vorbereitung der zentralen DGB-Demonstration am 8. November 1975 in Dortmund, spielten die Jugendvertretungen eine entscheidende Rolle. Eine Losung prägte sich vielen ein, die zum erstenmal



bei solchen Aktionen mitmachten: „Solidarität ist unsere Kraft!“ 1. Mai 1976: In über 1000 Städten finden Demonstrationen und Kundgebungen statt. Die Jugendlichen sind stark vertreten. Eine zweite Marschsäule des DGB in Hamburg von 15 000 wurde von der Gewerkschaftsjugend angeführt. Die wachsende Bereitschaft der Jugend, sich zu engagieren, schlägt sich auch in den Aktivitäten der Jugendverbände nieder. Kein Jugendverband kann es sich leisten, an den Forderungen der Jugend und ihren Problemen vorbeizugehen. Dabei kristallisieren sich bei den demokratischen Jugendverbänden – bei allen unterschiedlichen Punkten – wichtige gemeinsame Forderungen heraus: Die berufliche Ausbildung muß gegen den Willen der Unternehmer verbessert werden. Die Alleinverfügung der Unternehmer und ihrer

Kammern in der Berufsausbildung muß gebrochen werden – Gewerkschaften und die gewählten Interessenvertreter der Jugendlichen müssen mitbestimmen. Die praktische Ausbildung i. Betrieb und die theoretische Ausbildung in der Berufsschule müssen aufeinander abgestimmt werden. Die Unternehmer müssen die Ausbildung bezahlen. Jeder Jugendliche hat das Recht auf eine qualifizierte Berufsausbildung.

Diese gemeinsamen Positionen führen auch in zunehmendem Maße zu gemeinsamen Aufrufen und Aktionen. Zum Beispiel riefen zur zentralen DGB-Aktion am 8. November 1975 auch folgende Jugendverbände auf: Jungsozialisten in der SPD, Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Naturfreundejugend Deutschlands, Christliche Arbeiterjugend, Vereinigung Deutscher Studentenschaften, Sozialistischer Hochschulbund, Marxistischer Studentenbund, Koordinationsbüro für Initiativgruppen der Jugendzentrumsbewegung e.V., Konferenz der Landeschülervertretungen der BRD. Die Koordinierungskonferenz Hamburger Jugendverbände (entspricht den Landesjugendringen in anderen Bundesländern) führt seit über zwei Jahren Aktionswochen gegen Jugendarbeitslosigkeit und für ein neues Berufsbildungsgesetz durch, an denen sich die Jugendverbände mit eigenständigen Beiträgen beteiligen. Der hessische Landesjugendring führte in Kassel einen Aktionstag gegen die Jugendarbeitslosigkeit durch. In zahlreichen örtlichen Initiativen arbeiten Mitglieder der Gewerkschaften, der Naturfreunde, SDAJ, Falken, CAJ und unorga-

nisierte Jugendliche zusammen.

Diese Tatsachen beweisen: Die Arbeiterjugend kuschelt nicht. Sie fordert mehr denn je eine zukunftsorientierte, qualifizierte Berufsausbildung, sie will mitbestimmen über ihr Schicksal, sie wehrt sich gegen die Aushöhlung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und kämpft für Lehrstellen und Arbeitsplätze gemeinsam mit den älteren Kollegen.

Denn auch diese Erkenntnis setzt sich durch: Junge und ältere Kollegen haben gemeinsame Interessen, für die sie gemeinsam eintreten müssen – so wie am 8. November 1975 in Dortmund. Die Sicherung der Arbeitsplätze ist ein Problem, das alle angeht. Ein Beispiel dafür ist der Kampf der Kollegen in Speyer um die Erhaltung der Arbeitsplätze bei VFW: Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Stilllegung des Werkes kämpften die Kollegen dafür, daß die Zahl der Ausbildungsplätze wieder erhöht wird. Die Gewerkschaftsjugend sammelte über 10 000 Unterschriften für den Erhalt der Arbeitsplätze.

Durch die Drohungen und Erpressungsversuche der Unternehmer sind vielen die Augen geöffnet worden darüber, wer die Macht in diesem Land hat und was die alleinige Verfügungsgewalt der Unternehmer über Maschinen und Fabriken bedeutet – nämlich, daß sie nach ihren Gewinninteressen über Arbeitsplätze und Lehrstellen verfügen. Gerade die Erfahrungen der Aktionen der letzten beiden Jahre haben vielen Jugendlichen die Erkenntnis vermittelt: Kuschen bringt nichts! Es ist notwendig, sich selbst für die eigenen Interessen starkzumachen!

Naturfreundejugend

Die Naturfreundejugend begrüßte und unterstützt die Aktionen der Schüler und Studenten, der Eltern und Lehrer für bessere Bildung, für kleinere Klassen und mehr Lehrer. Sie setzt sich für echte Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Schülervertretungen ein. Die Schüler- und Jugendpresse darf keinerlei Zensur oder Beschränkung unterliegen.

Die Impulse der Lehrlingsbewegung führten zu einer stärkeren Hinwendung der Naturfreundejugend zu den sozialen und beruflichen Problemen der Arbeiterjugend. Mitglieder der Naturfreundejugend nahmen teil an den großen gewerkschaftlichen Aktionen gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenabbau, für eine grundlegende Reform der beruflichen Bildung. In vielen Städten arbeiten junge Naturfreunde in Aktionsbündnissen gegen Jugendarbeitslosigkeit mit.

Während der Krisenjahre 1974/75 hat die Jugend in aller Schärfe die Einseitigkeiten des Arbeitslebens zu spüren bekommen. Während die großen Unternehmen größer, mächtiger und reicher aus der Krise hervorgingen, wurden die Lasten der Krise einseitig auf die arbeitenden Menschen und die Ju-

gend abgewälzt. Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel und Berufsbildungsmisere werden als langfristige Probleme auch in den kommenden Jahren die Aktionen der Jugend bestimmen. In diesen Aktionen werden immer mehr Jugendliche erkennen, daß das vom Profitstreben regierte kapitalistische Gesellschaftssystem die Zukunftsinteressen der Jugend nicht sichern kann und abgelöst werden muß.

Die Naturfreundejugend wird deutlich machen, daß die Jugend allseitige Bildung braucht, um den Anforderungen der heutigen Zeit und der Zukunft gewachsen zu sein, daß sie berufliche Weiterbildung braucht, um eine gesicherte Existenz heute und morgen erreichen zu können, daß sie soziale Sicherheit braucht, um ein menschengerechtes Leben zu verwirklichen.

Dieser Beitrag stammt aus dem Diskussionsentwurf für ein Aktionsprogramm der Naturfreundejugend Deutschlands.

SJD – Die Falken

Die konservativen Kräfte in der Bundesrepublik sind stärker geworden. Viele Interpretationen werden in den nächsten Monaten dafür herhalten müssen, weshalb es so kommen mußte. Wir aber wissen, unabhängig von diesen Interpretationen, daß die Forderung nach Anpassung und Opportunismus dumm und falsch ist.

Wir müssen weiter verstärkt die Forderungen der Arbeiterkinder und der Arbeiterjugend zur Diskussion stellen und vertreten. Diese sind: Abbau der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, das Recht aller Jugendlichen auf einen qualifizierten Ausbildungsplatz, mehr Kindergärten, bessere Spielplätze, weitere Reform der schulischen Bildung, weitere Arbeit in der Aufklärung der Arbeiterjugend über ihre sozial-ökonomische Lage, weitere Solidarität mit den verfolgten und unterdrückten Völkern in der 3. Welt, aber insbesondere in Chile und im südlichen Afrika usw.

Die Erstarkung der Rechtskräfte muß Antriebskraft für einen verstärkten Kampf um sozialistische Ziele, muß Antriebskraft im Kampf gegen den Ministerpräsidentenerlaß für Radikale im öffentlichen Dienst, muß Antriebskraft gegen Verdummung und Illusionen im Kapitalismus sein.

Nur wenn wir weiter kämpfen und nicht resignieren, kommen wir dem Ziel des Sozialismus ein Stück näher. Die Bundestagswahl war ein Signal. Die CDU/CSU wird auch in der Opposition weiter versuchen, Jugendverbände zu erpressen und zu diskriminieren. Sie wird weiterhin alle Register ziehen, die ihr Möglichkeiten zur Repression schaffen. Eine geschwächte sozialliberale Koalition wird diesem Druck von rechts noch weniger widerstehen als in der Vergangenheit. Unsere Aufgabe ist es, unsere Position in einem offensiven Kampf gegen die Rechtskräfte von CDU/CSU auszubauen und sie innerhalb der SPD und gegenüber der SPD weiter zu halten.

Opportunistisches Einlenken wird letztendlich uns und den Interessen der lernenden und arbeitenden Jugend schaden und uns im Kampf für den Sozialismus ein Stück zurückwerfen.

Dieser Beitrag stammt aus einem Artikel von Konrad Gilges, Vorsitzender der SJD-Die Falken, zum Ausgang der Bundestagswahlen in der Zeitschrift Arbeiterjugend 10/76.

Jugend in der Schule

10 000 Schüler streikten. 10 000 Schüler, Eltern und Lehrer beteiligten sich Anfang November an einer Demonstration gegen Unterrichtsausfall und für Einstellung aller Lehrer. Diese Schüler sind nicht aus allen Teilen der Bundesrepublik zusammengekommen, um für eine bessere Bildung zu demonstrieren, das alles spielte sich in einer Stadt ab. 26 Schulen in Kassel haben sich zusammengetan, um auf ihre Forderungen unübersehbar aufmerksam zu machen. Gesamt-, Ober-, Berufs- und Handelsschüler zogen mit ihren Eltern und Lehrern durch die Straßen. Sie wollten mehr Lehrer, kleine Klassen, Schulen statt Kasernen.

Am gleichen Tag in Münster: die Schüler zweier Gymnasien demonstrierten vor dem Schulkollegium des Regierungspräsidenten gegen die Androhung eines Berufsverbotes gegen den Verbindungslehrer der Landesschülervertretung NRW und gegen den Versuch, die Schülervertretungen zu disziplinieren, ihnen die freie Meinungsäußerung zu verbieten.

Wo konnte man in den letzten Monaten nicht überall lesen, daß die Schüler zu Duckmäusern geworden sind, aufgrund von Leistungsstreß und Druck in den Schulen ihren Mund halten, um nur nicht aufzufallen? Doch die 10 000 von Kassel sind aufgefallen. So aufgefallen, daß man sie nicht mehr verschweigen konnte. Und sie sind nur ein kleines Beispiel für die Vielzahl von Aktionen, die von Schülern, Eltern und Lehrern organisiert und durchgeführt wurden. Von Flensburg bis Konstanz, in allen Bundesländern hat sich heute eine Bewegung entwickelt, wie sie in der Bundesrepublik noch nie zuvor dagewesen ist. Nämlich die größte Bewegung der Schüler für ihre sozialen und politischen Rechte.

Und diese Bewegung hat Erfolge zu verzeichnen, die zeigen, daß es sich lohnt zu kämpfen: als in Hessen Kultusminister Krollmann durch eine Rechtsverordnung (RVO) die Rechte der Schülervertretungen empfindlich beschneiden wollte (Kürzung der Stunden zur Diskussion von Schulproblemen, Zensur der Materialien der Schülervertretungen usw.), gingen die Schüler auf die Barrikaden. 21 000 beteiligten sich in Hessen an den Aktionen der Landesschülervertretung, 6000 Eltern, Lehrer und Schüler nahmen an der Demonstration der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) am 6. März 1976 und 2000 an der landesweiten Schülerdemonstration in Wiesbaden teil. Ergebnis: Krollmann mußte seine RVO zurücknehmen.

In Hessen, und das ist ein nicht unbedeutender Faktor für die Schülerbewegung, wurden die Forderungen nach mehr demokratischen Rechten verbunden mit dem Kampf um bessere Bildung, mehr Lehrer und mehr Mitbestimmung.

Natürlich sind sich die Schüler nicht alle gleich. Es gibt die Schüler, die sich wenig um ihre Probleme kümmern, alles laufen lassen, denen der Streß in der Schule im Nacken sitzt, und die glauben, dagegen nichts machen zu können.

Wie viele dieser Jugendlichen waren wohl in Kassel dabei, bevor die 10 000 dort demonstriert haben? Und wie viele wissen jetzt, daß es auch anders geht? Streß an den Schulen — natürlich hat er zugenommen. Lehrstellen werden immer knapper, der Numerus clausus drückt gewaltig, die Frage der Arbeitslosigkeit und die der Chance im Berufsleben steht vor jedem Schüler. Schuld daran sind aber nicht Eltern und Kinder, sondern schul sind diejenigen, die diesen Leistungsdruck vorprogrammiert haben. Vorprogrammiert, um noch mehr Kinder aus Arbeiterfamilien auf der Strecke zu lassen, um die Hauptschulen wieder stärker zu füllen, weniger Gymnasiasten und damit weniger Studenten zu bekommen. Grund dieser Praxis ist nicht etwa die Tatsache, daß kein Geld dafür da ist, mehr Lehrer einzustellen, Universitäten und Schulen auszubauen. Das Geld ist da. Es geht nur zu Milliarden in die Hände der Rüstungskonzerne und in die Tresore der Banken und Monopole in unserem Land. Ursache dieser Politik ist die Tatsache, daß das große Kapital nur soviel in die Bildung steckt, wie es unbedingt zur Sicherung seiner Profitinteressen nötig hat. Leistungsdruck und Streß haben die Aufgabe, die Auslese schon an den Schulen noch mehr zu verstärken und natürlich die Schüler dadurch vom Kampf für ihre Rechte abzuhalten.

Die Auswirkungen sind alarmierend. Von 1961 bis 1973 stiegen die Zahlen der Schülerelbstmorde pro Jahr um 30 Prozent auf 517.

Neue Krankheiten tauchen auf. Sogenannte „Schulkrankheiten“, für die die Ärzte und Psychologen die Ursache im zunehmenden Streß in den Schulen sehen. Das sind neue Erscheinungen. Aber ist dies wirklich der Trend, der Leben und Lage der Schüler bestimmt?

Eltern sehen die Zukunft ihrer Kinder bedroht und schlagen oft den falschen Weg der „Hilfe“ ein. Sie können dafür nicht verantwortlich gemacht werden; denn sie haben dieses System nicht erfunden und gewollt.

Viele sagen, dieser Druck führe dazu, daß die Schüler sich nicht mehr solidarisch verhalten, bei Klassenarbeiten nicht mehr abschreiben lassen, um ihre Note nicht zu vermiesen.

Einzelbeispiele sollen darauf hindeuten. Aber ist es heute wirklich so anders als vor fünf Jahren? Das Klima in der Schule hat sich sicher verschärft. Doch wie kann sich Solidarität stärker ausdrücken als in den zahlreichen Aktionen, die die Schüler

Schülervertretung

Sicher ist es richtig, daß sich die Bedingungen für die lernende Jugend verschlechtert haben. Ein Teil der Schüler wird auch weiterhin versuchen, als Einzelkämpfer die Situation in der Schule zu meistern und die Zeit hinter sich zu bringen. Aber in diesem Jahr hat sich eine deutliche Tendenz abgezeichnet, dahingehend, daß immer mehr Schüler erkennen, daß das der falsche Weg ist. Eine Reihe von Aktionen beweisen, daß doch größer werdende Teile der Schüler gewillt sind, etwas zu unternehmen, und gewiß nicht entpolitisiert sind.

Wir schätzen ein, daß sich zwar die Bedingungen an der Schule nicht verbessert haben, die Bereitschaft, für ihre Interessen einzutreten, bei den Schülern aber da ist. Wir meinen, daß es im nächsten Jahr nicht so duckmäuserische Schüler geben wird, die mit aller Gewalt nach oben schleimen wollen, sondern daß dort die Bereitschaft zu Aktionen und die Initiative für die eigenen Interessen durchaus vorhanden ist.

Schwerpunkt unseres Kampfes in NRW ist der Kampf gegen die Berufsverbote, vor allem gegen die Berufsverbotsdrohung für unseren Landesverbindungslehrer Rosenberg, der Verkauf der Plakette der Landesschülervertretung gegen die Berufsverbote und der Kampf um das politische Mandat für Schülervertretungen, das uns Kultusminister Girgensohn verbieten will.

Gleichzeitig geht es um die Auseinandersetzung um die Oberstufenreform. Da hat es mehrere Schultreiks, Demonstrationen und eine Unterschriftensammlung mit 40 000 Unterschriften für eine andere, demokratische Oberstufenreform gegeben.

Georg Kraus, stellvertretender Landesschülersprecher von Nordrhein-Westfalen, in einem Interview mit elan.

gemeinsam durchführten? Wo kann Solidarität stärker deutlich werden als in den zahlreichen Diskussionen, die geführt werden? Diskussionen, in denen nach einer Lösung dieses Problems gesucht wird? Aber Streß und Leistungsdruck sind nur ein Problem, vor das Schüler gestellt sind. Während die Bildungsmisere katastrophale Ausmaße annimmt, in Klassen 5 und mehr Schüler zusammenhocken, Stunden ausfallen (in vielen Schulen bis zu 40 Prozent des geplanten Unterrichts), weil Lehrer fehlen, sind zur Zeit ca. 5000 Lehrer arbeitslos und stehen auf der Straße. Ungefähr dieselbe Zahl wird in den Schulen als „Kurzarbeiter“ angestellt.

Dort, wo es bisher Lehr- und Lernmittelfreiheit gab, wird sie Zug um Zug abgebaut. Die Schulwegkostenfreiheit in Bayern ist dem Rotstift zum Opfer gefallen. In den Genuß der Gelder des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAFöG) kommt nur ein

geringer Teil der Schüler. Und auch der kann davon nicht leben. Ohne Unterstützung der Eltern ist bei einem Höchstsatz von 420,— DM nicht viel zu machen, zumal es nur ein geringer Teil ist, der diesen Höchstsatz erhält. In immer stärkerem Maße wird versucht, die Praxis der Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei auf die Schüler auszudehnen. In NRW kam eine Anweisung des Kultusministers ans Tageslicht, in der die Schulleitungen aufgefordert wurden, linke, kritische Schüler zu melden und die Aktivitäten der Jungen Pioniere — Sozialistische Kinderorganisation sorgfältig zu beobachten. NRW-Kultusminister Girgensohn mußte kurz nach Erscheinen der ersten Meldungen in den Tageszeitungen diese Praxis dementieren — zu stark war der Druck auf ihn. In Bayern ist es aber schon Regel, engagierten Schülern mit dem Verweis von der Schule zu drohen, falls sie ihre „Aktivitäten“ nicht einstellen. Schülerzeitungen werden in vielen Bundesländern zensiert, Eltern der Schülerzeitungsredakteure gegen ihre Kinder ausgespielt, wie in Hessen geschehen.

Aber all das ruft Proteste hervor. Die Schüler und Schülerinnen sind bereit, sich zu wehren. Zwei elfte Klassen eines Frankfurter Gymnasiums, der Bettina-Schule, wahllos herausgegriffen, geben darüber mehr Aufschluß. Über die Hälfte der Schüler der einen Klasse sind bereit, sich für eine Verbesserung ihrer Ausbildung durch Unterstützung der Schülervertretung einzusetzen. Fast 60-Prozent meinten, dabei Erfolge erzielen zu können. Sie glauben aber gleichzeitig, daß sie in dieser Gesellschaftsordnung nicht alle ihre Forderungen durchsetzen können. 42 Prozent sind der Meinung, daß es sich lohnt, für eine sozialistische Gesellschaft zu kämpfen (wobei die Frage, wie dieser Sozialismus aussehen soll, unterschiedlich beantwortet wurde)!

Die zweite Klasse weist einige Besonderheiten auf. Sie besteht ausschließlich aus ehemaligen Realschülern, die zum Gymnasium übergewechselt sind. Einer dieser Schüler meinte zur Umfrage: „Wir sind hier eine Klasse von ehemaligen Realschülern. Wir sind praktisch Leute, die besonders eifrig gelernt haben, um einen Platz am Gymnasium zu bekommen. Da ist also überhaupt nichts drin mit Demonstration, mit Auflehnen gegen die Gesellschaft oder so.“ So war dann auch kei-

Einige Beispiele von Aktionen im Kampf der Schüler '76

- 28. Januar — 100 000 Schüler, Eltern und Lehrer beteiligen sich an Protestaktionen in 50 niedersächsischen Orten gegen Lehrermangel und Unterrichtsausfall. 20 000 Unterschriften waren vorher unter eine Resolution an den Kultusminister gesammelt worden.
- Anfang Februar — Bereits 20 000 Schüler aus Nordrhein-Westfalen haben in einer Unterschriftensammlung gegen die Oberstufenreform protestiert. Die Sammlung wurde fortgesetzt.
- 18. Februar — 700 Schüler der Herder-Schule in Kassel demonstrieren und streiken gegen die Schließung des Tagesheims ihrer Schule.
- 24. Februar — Eintägiger Schulstreik der Frankfurter Ackermann-Schule gegen Unterrichtsausfall und Lehrermangel.
- 14. Februar — 4000 Schüler, Lehrer, junge Arbeiter und Studenten demonstrieren in Hamburg gegen Bildungsnotstand.
- 10. März — Marsch der leeren Federtaschen. 500 Delegierte der Hamburger Schüler protestieren gegen die Sparmaßnahmen des Senats im Bildungsbereich.
- 1. April — 1500 Schüler baden-württembergischer Abendgymnasien demonstrieren in Stuttgart gegen den Abbau des zweiten Bildungsweges.
- April — 2000 beteiligen sich an der landesweiten Schülerdemonstration in Wiesbaden gegen die katastrophalen Zustände an hessischen Schulen.
- 2. Juli — Mehrere hundert Schüler in Kempten/Allgäu protestieren mit einem Schweigemarsch gegen Schul- und Unterrichtsformen. — Am gleichen Tag wenden sich in Bielefeld mehr als 500 Schüler, Lehrer und Eltern gegen den Lehrermangel in der Stadt.
- 22. September — Mehr als 1000 Eltern, Schüler und Lehrer der Gesamtschule West in Bremen demonstrieren als Höhepunkt eines dreitägigen Schulstreiks gegen den Unterrichtsausfall an der Schule.
- 25. September — Mehr als 3000 Schüler nehmen am Frankfurter Schülerfestival teil.
- 8.-13. November — 10 000 Kasseler Schüler aller Schulformen streiken gegen Unterrichtsausfall und für mehr Lehrer. Am 10. November bekräftigten sie ihre Forderungen in einer Demonstration.

ner der Meinung, daß es sich lohnt, für eine sozialistische Gesellschaft zu kämpfen. 80 Prozent sahen aber, daß ihre Forderungen nicht alle in diesem Gesellschaftssystem durchgesetzt werden können. Und das entscheidende: 66,7 Prozent würden mit ihren Kollegen über Möglichkeiten zur Beseitigung der Mißstände diskutieren. Nimmt man alle Aussagen dieses Bereiches zusammen, sind noch mehr bereit, sich für eine Verbesserung der Ausbildung einzusetzen, zumindest darüber zu reden. 62,5 Prozent haben das zwar noch nie getan, aber 46 Prozent meinen, dabei Erfolge erzielen zu können. Diese Aussagen sind sicher etwas widersprüchlich. Sie zeigen aber, daß auch hier die Schüler sich Gedanken machen, der Leistungsdruck zwar stärker seine Spuren hinterläßt, diese Jugendlichen sich aber nicht isolieren und abkapseln.

Bei den 150 Klassensprechern aus Schleswig-Holstein ist der Teil, der sich für eine Verbesserung der Situation einsetzen würde und glaubt, dabei auch Erfolge erzielen zu können, wieder weitaus größer. 42,7 Prozent sind der Meinung, in einer sozialistischen Gesellschaft besser und endgültig ihre Forderungen durchsetzen zu können. Die Schüler in unserem Land stehen nicht abseits, sie engagieren

sich in zunehmendem Maße für ihre Rechte.

Sie schließen sich zusammen — auch auf Bundesebene, wie die Konferenz der Landesschülervertretungen der BRD und Westberlins. Oder als Zeitungsredakteure in den Landesarbeitsgemeinschaften der Jungen Pressen. Sie organisieren Aktionen an den Schulen, geben Zeitungen heraus. Nicht alleine, sondern gemeinsam mit Eltern und Lehrern, gemeinsam mit den Gewerkschaften, vor allem der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Sie wissen, daß Lehrstellenabbau und Numerus clausus nach der Schule auf sie warten, und kämpfen mit der Arbeiterjugend und den Studenten gemeinsam. Sie waren am 8.11. 75 in Dortmund bei der DGB-Demonstration und in Bonn bei der Demonstration der VDS dabei.

Für die kommende Zeit haben sie sich ihre Schwerpunkte gesetzt: Einstellung aller Lehrer in den Schuldienst, Kampf gegen Lehrstellenabbau und Numerus clausus, Weg mit den Berufsverbote, Schluß mit dem Abbau demokratischer Rechte, für eine starke Interessenvertretung der Schüler, Erhöhung der BAFÖG-Sätze, Fahrtkostenrückerstattung für alle Schüler, Schluß mit der Rotstiftpolitik und dem Bildungsnotstand.

Soldaten bei der Bundeswehr

„In der Truppe ist Ruhe eingetreten. Die Soldaten sind jetzt zum Teil so brav, daß man erschrocken ist“, — damit ging vor einigen Monaten der Wehrbeauftragte des Bundestages, Karl Wilhelm Berkhan (SPD) hausieren. Hier war der Wunsch der Vater des Gedanken, nicht die Realität. Denn die Bundeswehr ist schon seit Jahren nicht mehr Freiraum, wo nur geduckt und nicht gemuckt wird. Doch zuerst: Gibt's denn die Soldaten? Ist was dran an der immer wieder schwärmerisch geschilderten, von

Manneszucht und enger Kameradschaft geprägten Armee, die wie ein Mann steht und handelt? Oder gibt es nicht auch vielmehr dort einen Riß, der quer durch die Armee und alle Dienstgrade geht. Nehmen wir das Offizierskorps. Dort haben sich in erster Linie Generale und Offiziere breitgemacht, die ihre Sporen schon in Hitlers Wehrmacht verdient haben und den braunen Ballast auch dreißig Jahre später nicht vollends über Bord geschmissen haben. Aber es gibt auch junge Offiziere, Leutnants, Hauptleu-

te, für die die Uniform nicht höchste Vollendung aggressiver Ideale ist, sondern eine Berufskleidung für einen gut bezahlten Job, in dem sie ihre technischen Fähigkeiten unter Beweis stellen können. Die zwar nicht begriffen haben, daß sie Instrument sind, aber mit realistischeren Positionen und anderen Beweggründen an ihren Dienst und Auftrag herangehen, als die alten Haudegen mit Generalschulterklappen. Dies trifft erst recht auf viele Unteroffiziere und Feldwebel zu. Gerade unter diesen Zeit-

soldaten findet man viele, die den Schritt zur Bundeswehr gemacht haben, weil Arbeitslosigkeit sowie Lehrstellenabbau und Studienbeschränkungen sie betroffen oder verunsichert haben. Die hoffen, in einem der über 200 angebotenen Berufszweige in der Truppe ihr Glück und ohne das Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit ihr Geld zu machen.

Hundertfünfzigprozentige Soldaten, mit Soldatenschwur und Kampfliedern auf den Lippen sind rar geworden. Man arrangiert sich.

Und wie sieht es bei den 200 000 Wehrpflichtigen aus, die Jahr für Jahr ihren Wehrdienst ableisten?

Bevor man sie einschätzt, muß man die Zehntausende zurechnen, die der Bundeswehr ihren Dienst verweigern. Jährlich sind es etwas 30 000 Wehrpflichtige, die aus den unterschiedlichsten politischen, religiösen und moralischen Gründen ihren Dienst mit der Waffe verweigern. Eine Zahl, die rechten Militärs und Politiker im Herzen weh tut. Die sie veranlaßt, schon seit Jahren neue Kniffe auszudenken, wie sie trotz einer großen Protestbewegung, eine längst überfällige Reform des Wehrdienstgesetzes hinausschieben und verhindern können.

Wie ist das mit dem Wehrpflichtigen

Ergebnis einer Befragung von 1288 Wehrpflichtigen in Ausbildungskompanien der Bundeswehr.

Die Befragten wurden aufgefordert, aus den folgenden zwölf bunt durcheinander gewürfelten Berufen eine Rangliste aufzustellen: Landwirt, Hauptmann, Arbeiter, Kaufmann, Ingenieur, Politiker, Feldwebel, Volksschullehrer, Pfarrer, Polizist, Arzt, Handwerksmeister.

Im Ergebnis ergab sich folgende Umschichtung: Der Arztberuf ganz an der Spitze, gefolgt von Landwirt, Arbeiter, Volksschullehrer, Politiker, Ingenieur, Polizist, Handwerksmeister und Kaufmann im Mittelfeld, und dann als „Schlußlichter“ Pfarrer, Hauptmann und Feldwebel; die zwei Soldatenberufe also ganz am Ende.

(aus Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 13.2.1975)

77? Ist er kritischer, aufgeschlossener und engagierter als vor 4, 6 oder 10 Jahren? Oder ist er die Verkörperung „deutscher Soldatentugenden“ geworden: ein Befehlsempfänger, der Gehirn und Gewissen bei der Kleiderausgabe gegen einen Stahlhelm eingetauscht hat.

Die Wehrpflichtigen sind das Spiegelbild der Jugend unseres Landes. Da gibt es den engagierten gewerkschaftlich aktiven Jugendvertreter oder Vertrauensmann ebenso wie den Kollegen, den Politik nicht juckt. Den Schüler, der durch den faschistischen Putsch in Chile zum Nachdenken gekommen ist, wie den geschneiegelten Typ der Schülerunion, der im Unterricht statt DDR immer noch „Ostzone“ sagt.

Sie alle sind bei der Bundeswehr einem extremen Druck ausgesetzt. Nicht umsonst registriert die Bundeswehr fast 1000 Selbstmordversuche

JUGEND '77

und über 10 000 Fahnenflüchtige jährlich. Ein sozialer Krisenherd wie kaum ein anderer Großbetrieb — und die Auseinandersetzungen nehmen ständig zu. Trotz der mannigfaltigen Methoden und der Disziplinierungsmechanismen hat es in den letzten Jahren eine Bewegung gerade unter den wehrpflichtigen Soldaten gegeben, wie nie zuvor in der zwanzigjährigen Geschichte der Bundeswehr.

1968 war es nur eine Handvoll Soldaten, die mit flatternden Herzen vor der Kaserne Flugblätter gegen die Notstandsgesetze verteilt haben. Zwei Jahre später waren es schon einige Dutzend, die mit einer Wehrpflichtigenstudie „Soldat 70“ an die Öffentlichkeit traten und erklärten: „Dieser Barras stinkt uns!“ Sie wollten nicht länger wie Schütze Arsch behandelt werden, sie forderten Sicherung und Ausbau ihrer Rechte. Ihre Kriegserklärung an den Untertanengeist in der Bundeswehr löste Bestürzung in Offizierskasinos, im Parlament und in Redaktionsstuben bürgerlicher Zeitungen aus. Wehrpflichtige muckten auf. Und was Anfang der siebziger Jahre noch in den ersten Zügen lag, hat sich heute schon zu einer Bewegung entwickelt. Denn die Zeiten, in denen einige wenige Wehrpflichtige den Kampf um die Rechte der Soldaten, um Frieden und Demokratie oft allein auf sich gestellt führen mußten, gehen dem Ende zu. Heute gibt es bereits in vielen Standorten ganze Gruppen solidarisch handelnder Demokraten in Uniform, und ihre Zahl, ihre Stärke und ihre Wirksamkeit nehmen ständig zu. Da gibt es Dutzende Arbeitskreise Demokratischer Soldaten (ADS), in denen Soldaten unterschiedlicher politischer Auffassung, gemeinsam ihre Probleme diskutieren, Flugblätter und Soldatenzeitungen herausgeben und gemeinsam ihre Freizeit verbringen. Da gab und gibt es die Kantinenboykotts, an denen sich — wie im vorigen Jahr in Marburg und Umgebung — über 6000 Soldaten beteiligt hatten. Da ist die Bewegung um die Wehrpflichtigenstudie „Soldat 74“, in der im April 1975 achtundsechzig Soldaten und Offiziere für mehr demokratische Rechte, soziale Verbesserungen und für eine Armee im Dienste des Friedens eintraten, und die mittlerweile Hunderte von Soldaten mit ihrer Unterschrift unterstützt haben. Und letztendlich die Kampagne für die Erhöhung des Wehrsoldes um 100 DM. Über 5000 Soldaten unterschrieben die Unterschriftenlisten an Verteidigungsminister Leber. Doch nicht alle sozialen und antimilitaristischen Aktionen laufen in diesen Größen ab. Wer zählt die Diskussionen im politischen Unterricht, die politischen Gespräche auf der Stube und in der Kantine?

Die politische und soziale Auseinan-

Anträge auf Kriegsdienstverweigerung 1967-1976

1967	5 963
1968	11 952
1969	14 420
1970	19 363
1971	27 657
1972	33 792
1973	35 192
1974	34 150
1975	32 565
1976	ca. 40 000

dersetzung ist nicht mehr aus den Kasernen rauszukatapulieren. So sehr es auch einigen Generalen und Politikern schlaflose Nächte bereiten mag. Es wäre falsch, davon auszugehen, daß die Mehrheit der Soldaten aktiv für ihre Interessen und Forderungen eintritt. Davon ist man noch einen Marschkilometer entfernt, aber die Demokraten in Uniform sind stärker geworden.

Ein Hitler-Oberst und Altnazi Rudel kann nicht mehr so einfach an Traditionstreffen in Bundeswehrkasernen teilnehmen, ein chilenischer Junta-Offizier Kraushaar nicht mehr unbescholten an Bundesweherschulen Jubelvorträge auf den Faschismus halten, und Bürgerkriegsübungen der Bundeswehr laufen nicht mehr reibungslos nach Plan ab, ohne daß nicht auch ein Proteststurm in der Bundeswehr — unter Wehrpflichtigen, Unteroffizieren und Offizieren — ausbricht.

Und da stehen sie nicht allein auf weiter Flur, sondern können sich zunehmend auf Solidarität und aktive Unterstützung der fortschrittlichen Jugend unseres Landes verlassen. ●

Aktionen demokratischer Soldaten seit 1968:

Herbst 1968: Vor einigen Kasernen verteilen Soldaten Flugblätter gegen die Notstandsgesetze.

Mai 1970: In Bonn stellen 13 Soldaten die Wehrpflichtigenstudie „Soldat 70“ der Presse vor.

Frühjahr 1971: In Marburg, Hamburg und Neumünster entstehen die ersten Arbeitskreise Demokratischer Soldaten.

Juni 1972: In vielen Kasernen Aktionen gegen den neuen Haarerlaß.

Herbst 1973: Mehrere Dutzend Soldaten fordern in einer Erklärung: Schluß mit Bürgerkriegsübungen der Bundeswehr! Solidarität mit Chile.

22. April 1974: 68 Soldaten und Offiziere veröffentlichen „Soldat 74“.

Mai 1974: Auf den gewerkschaftlichen Maidemonstrationen beteiligen sich Hunderte Soldaten in Uniform.

Mai 1974: „Soldat 74“ kommt im Bundestag zur Sprache. Der Militärische Abschirmdienst spricht von über 50 Arbeitskreisen Demokratischer Soldaten. Zahlreiche Gewerkschaftsjugendkonferenzen solidarisieren sich mit „Soldat 74“.

Januar 1975: In Marburg und Umgebung beginnen Tausende Soldaten mit einem einwöchigen Kantinenstreik.

Februar 1975: Mittlerweile haben 3000 Soldaten die Forderung nach 100 DM mehr Wehrsold unterschrieben.

Mai 1975: Mehrere Dutzend Soldaten beteiligen sich in Uniform an der Demonstration anläßlich des 30. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus.

Januar 1976: Vertrauensmänner und Soldaten aus Münster veröffentlichen ein Forderungsprogramm „Mehr Rechte für Vertrauensmänner“. Es löst große Diskussionen aus

Kinder in Schule und Freizeit

von Achim Krooß

Bundsvorsitzender der
Jungen Pioniere - Sozialistische Kin-
derorganisation

JUGEND '77

Studenten in Hochschulen und Universitäten

„ASTa – Si! Lobo – No!“ hallte es in den Räumen der Universität München, im Herzen des schwarzen Freistaates Bayern. Die, die da sangen und feierten waren keine Duckmäuser und Arschkriecher. Es waren Studenten der Maximilian Universität, die trotz Verbots ihr neues Studentenparlament und ihren ASTa (Allgemeiner Studentenausschuß) gewählt hatten.

Uni-Rektor Lobkowitz („Lobo“) hatte entsprechend den reaktionären Bayerischen Richtlinien über die Studentenvertretung, die von der CSU gegen eine einhellige Ablehnung der Studenten durchgepeitscht worden war, die ASTa-Wahlen untersagt. Doch trotz Einsatz einer Hundertschaft Polizei beim Wahlakt, trotz Versuche, die Wahlurnen zu beschlagnahmen, trotz Einschüchterung und Verboten – die Studenten wählten ihr Parlament, 3395 Kommilitonen beteiligten sich.

„Tatort Marburg“: Uni-Präsident Zingel will dem ASTa das politische Mandat aberkennen. Also die Möglichkeit, Solidarität mit den um ihre Unabhängigkeit und Freiheit kämpfenden Völkern zu üben, die Möglichkeit, gegen Berufsverbote und Abbau demokratischer Rechte zu protestieren, die Möglichkeit, gegen den Bildungsnotstand zu kämpfen. Anstelle des ASTa wollte Zingel einen Staatskommissar einsetzen. Sofort, nachdem das bekannt wurde, versammelten sich 1000 Studenten zu einem Teach-in, um erste Kampfstritte zu beraten. Am 27. 10. 1975 faßte das Studentenparlament einen Streikbeschluß. Am selben Abend fand die bis dahin größte Studentenvollversammlung in der Geschichte der Uni Marburg statt: 3000 Studenten nahmen teil. Der Streik lief, 6000 Studenten demonstrierten am 29. 10. 1975 für ihre rechtmäßige Studentenvertretung. Die Aktionen werden tagelang weitergeführt. Die Maßnahmen der Reaktion verstärkten die Solidarität mit den Studenten. Wie in München solidarisierten sich Gewerkschaften, Betriebsräte, Jugendverbände und viele Einzelpersonlichkeiten. Zingel blitzte ab. Doch der Kampf der Studenten ging weiter; denn durch Gerichtsbeschlüsse, Geldstrafen und ähnlichen Methoden wird weiter versucht, dem ASTa die konsequente Interessenvertretung der Studenten abzuspüren.

München und Marburg sind nur zwei Beispiele für viele. Beweise dafür, daß die Studenten sich nicht kaltstellen lassen, das politische Interesse nicht an den Nagel gehängt haben, durch Leistungsdruck, Verkürzung der Studienzeiten, Abbau der Mitbestimmungsrechte, Disziplinierungsmöglichkeiten von Kommilitonen (das alles ist im HRG – Hochschulrahmengesetz – festgeschrieben) den Kampf um ihre Rechte und Interessen nicht aufgegeben haben. Im Gegenteil. Marburg und München – das sind auch Bei-

Vor etwa zweieinhalb Jahren wurden die Jungen Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation gegründet. Seither konnten durch unsere Kinderfeste, Kinderferienaktionen und öffentlichen Veranstaltungen gemeinsam mit befreundeten Organisationen hunderte tausende Kinder und Eltern in unserem Land angesprochen und mit den Jungen Pionieren bekannt gemacht werden. Die erfolgreiche Entwicklung der Pionierorganisation ist ein Beweis dafür, daß viele Menschen unseres Landes, viele Eltern das Bedürfnis hatten, ihre Kinder in die Gruppen einer sozialistischen Kinderorganisation zu schicken und sie unserer Erziehungspraxis anzuvertrauen.

In zahlreichen Aktivitäten und Initiativen hat sich gezeigt, wie Eltern sich aktiv für die Rechte ihrer Kinder einsetzen. Elterninitiativen wurden gegründet, die gegen Mißstände an unseren Schulen auftreten, wie zu große Klassen, Lehrermangel, fehlende Unterrichtsräume usw. Eltern wurden aktiv gegen Berufsverbote für fortschrittliche Lehrer, sie schlossen sich zusammen, um gemeinsam für bessere Spielplätze, bessere Freizeitmöglichkeiten, Kindergärten usw. einzutreten. Verstärkt wird in den fortschrittlichen Kinderorganisationen und unter fortschrittlichen Eltern in unserem Lande die Notwendigkeit diskutiert, Alternativen zur Erziehung mit reaktionärem Inhalt zu entwickeln. Immer mehr Menschen erkennen, daß solche Erziehungsinhalte wie „Jeder ist sich selbst der nächste“ oder „Hast du was, bist du was“ Kinder und Jugendliche dazu bringen sollen, sich von ihren Kollegen zu entsolidarisieren. Die Heranwachsenden sollen zu Egoismus und Individualismus erzogen werden, der sie unfähig machen soll, gemeinsam mit anderen für ihre Interessen einzutreten. Einher mit dieser Erziehung geht von Massenmedien unseres Landes eine Welle von Brutalisierung, Verächtlichmachung anderer Völker, von Nationalismus und antihumanem Gedankengut aus.

Viele Eltern schicken ihre Kinder in Gruppen fortschrittlicher Kinderverbände, weil sie dort im Sinne der Ka-

meradschaft, Solidarität, zum Erkennen ihrer Umwelt und ihrer Interessen, zur Freundschaft mit den Kindern in aller Welt erzogen werden.

Die Herrschenden unseres Landes verstärken die Angriffe gegen diejenigen, die sich aktiv für ihre eigenen Interessen einsetzen. Gruppen der Naturfreundejugend, der Falken, der Jungen Pioniere werden in ihrer Arbeit behindert. Initiativen für kleinere Klassen oder Spielplätze werden diffamiert und Repressalien ausgesetzt. Aktive Schülervertretungen, Redakteure von Schülerzeitungen werden gemaßregelt oder unter Druck gesetzt. In allen diesen Bereichen wird versucht, das demokratische Engagement zurückzudrängen und diejenigen, die sich für die Verwirklichung der demokratischen Rechte des Grundgesetzes einsetzen, außerhalb der Legalität zu stellen.

Die Diskussion um die Rechte der Kinder in unserem Land geht weiter. Schulstreß, Kinderselbstmorde, Kindesmißhandlungen, Kinderfeindlichkeit in Neubausiedlungen sind Themen, die in aller Munde sind. 1979 wird nach Planungen der UNESCO zum „Jahr des Kindes“ bestimmt. Immer breitere demokratische Kreise in unserem Lande greifen Forderungen und Hinweise der demokratischen Kinder- und Jugendbewegung auf und treten verstärkt für die Verwirklichung der Rechte der Kinder ein. Sie erkennen an vielen Beispielen, daß in unserem Lande große Mittel zur Verfügung stehen, um grundlegende Probleme der Kinder zu lösen. Aber diese Mittel werden anderweitig vergeudet. Daher wächst unter der demokratischen Bevölkerung das Bewußtsein, sich für die Rechte der Kinder zu engagieren. Den Mitgliedern der Jungen Pioniere macht die Arbeit bei uns Spaß, Kinder und Eltern erkennen in unserer Gruppenarbeit und unserer Organisation mehr und mehr die Alternativen zur kapitalistischen Erziehungspraxis. Wir sind daher sicher, daß auch in der nächsten Zeit diese Entwicklung für die Rechte der Kinder und zur Stärkung der Pionierorganisation weiter anhalten wird. ●

spiele und Beweise dafür, daß Studenten sich nicht nur für ihre unmittelbaren Interessen engagieren (Verbesserung ihrer miserablen sozialen Lage), sondern den Kampf um ihre politischen Rechte führen.

Noch viele stehen abseits, oft durch den Druck eingeschüchtert. So kann man sagen, daß im Bundesdurchschnitt weniger als 50 Prozent der Studenten an den Wahlen der Studentenparlamente teilnehmen. Gleichzeitig ist aber zu beobachten, daß diese Zahl ständig im Ansteigen begriffen ist. Und daß die rechten Kräfte an den Universitäten keinen Boden unter den Füßen gewinnen.

Daß sich immer mehr Studenten an den Kämpfen beteiligen, kann niemanden verwundern, der die Situation der studierenden Jugend in unserem Lande kennt.

Nach Angaben des statistischen Bundesamtes hat sich die Zahl der Studenten in den

MSB Spartakus

Jeder von uns kennt die Unsicherheit, die in dieser Zeit an den Hochschulen einge-zogen ist. Und in der Studentenbewegung wurden die Kräfte stärker, die mit scheinbar linken Begründungen der Anpassung Vorschub leisteten: Massenkampf sei perspektivlos, gewerkschaftliche Orientierung sei überholt.

Die Reaktionäre haben versucht, diese Situation auszunutzen. So wie in allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens die Bourgeoisie nach rechts zu drängen begann, versuchte der RCDS an den Hochschulen seine Kräfte zu aktivieren, eine große Kampagne gegen links zu inszenieren und Positionen für sich zu erobern. Diese „Tendenzwende nach rechts“ war stets in erster Linie eine Propagandawelle, aber einige – wenn auch begrenzte – Positionen konnten die Rechten zunächst dennoch gewinnen.

Aber es gab auch eine andere, und das war die bestimmende Seite: Nie riß die Kette der Aktionen an den Hochschulen ab. Beträchtliche Teile der neuen Studentengeneration, die ja angeblich angepaßt, resigniert und neokonservativ sein sollte, konnten in vielfältiger Weise aktiviert werden. Trotz großer politischer Widerstände wurde der Sternmarsch der 36 000 im Juni letzten Jahres zu einem Signal dafür. Und an einer Reihe von Orten, vor allem aber in Marburg vor nunmehr fast einem Jahr, wurde der praktische Beweis dafür angetreten, daß es möglich ist, unseren Gegnern Zugeständnisse abzurufen.

Heute stehen wir mitten in einem Aufschwung der Aktionen, die ja nicht von vorne anfangen müssen, sondern – bei allen Widersprüchen, die es gibt – auf diesen veränderten politischen Bedingungen aufbauen. . . .

Die Studentenbewegung hat heute erneut die Chance, durch verstärkte Bemühungen um Aktionseinheit, gekoppelt mit der Auseinandersetzung mit dem Rechtsopportunisten, einen Schritt nach vorn zu tun.

Steffen Lehndorff, Bundesvorsitzender des MSB Spartakus, in seiner Rede auf der Festveranstaltung zum 5jährigen Bestehen des MSB.

vergangenen 10 Jahren um mehr als verdoppelt. Nach Schätzung studierten im Wintersemester 73/74 rund 723000 Studenten an den Hochschulen in der Bundesrepublik und man rechnet im Wintersemester 74/75 mit einem Anstieg auf fast 800000 Studenten.

Die entscheidende Rolle beim Zugang zur Hochschule spielt weiterhin das Abitur (86 Prozent der Studienanfänger im Wintersemester 71/72 an Universitäten und Technischen Hochschulen hatten Abitur). Nur 14 Prozent kamen über den 2. Bildungsweg an die Hochschule. An den Pädagogischen Hochschulen sieht es etwas günstiger aus (38 Prozent über den 2. Bildungsweg).

Einerseits kann festgestellt werden, daß der Anteil der Arbeiterkinder an den Universitäten geringfügig gewachsen ist. Zum anderen aber wird der nach wie vor Großteil der Kinder aus Arbeiterfamilien vom Studium ausgeschlossen. Die Auswahl setzt nicht erst zum Studienbeginn ein, wo die Finanzierung des Studiums für die Eltern der Kinder zu einem fast unlösbaren Problem wird, sondern schon wesentlich früher. Nämlich bei der Trennung in Haupt-, Real- und Oberschule. Gegen diese Chancenungleichheit machen nicht nur die Gewerkschaften mobil, sondern in zunehmendem Maße auch die Studenten selber. Mit dem Versuch, den 2. Bildungsweg einzuschränken (so soll die Möglichkeit, über Fachhochschule auch einen Studienplatz und damit den Abschluß einer Universität zu erreichen, durch Beschluß der Kultusministerkonferenz faktisch genommen werden), ist geplant, noch mehr Arbeiterkinder den Weg zum Studium zu verbauen.

Die Antwort der Fachhochschüler ist ein bundesweiter Streik Anfang Dezember. Durch den Numerus clausus (NC) wird Tausenden Jugendlichen die Möglichkeit und das Recht zu studieren genommen. Jahrelange Wartezeiten sind keine Ausnahme, sondern in den „harten“ Numerus-clausus-Fächern (wie Medizin, Architektur, Pharmazie u. a.) an der Tagesordnung. Diejenigen, die einen Platz an den Unis erhalten (vor allem jetzt, wo in einigen Fächern der NC aufgehoben wurde) werden in überfüllte Hörsäle gepfercht; denn Ausbau der Universitäten, mehr Professoren, mehr finanzielle Mittel werden nicht bewilligt.

Wer es geschafft hat, muß anfangen jeden Pfennig zehnmal umzudrehen, bevor er ihn ausgibt. Die Stipendien aus dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) decken nicht die Kosten eines solchen Studiums. Laut Berechnungen des Deutschen Studentenwerkes betragen die zum Studium notwendigen Kosten 660 DM. Der BAFöG-Höchstsatz liegt aber nur bei 420 DM. Durch ein Darlehen von 80 DM, das wieder zurückgezahlt werden muß, kommt ein Student auf höchstens 500 DM. Nimmt man die steigenden Lebenshaltungskosten und die Tatsache, daß die Miete in der Regel über 30 Prozent vom BAFöG-Höchstsatz (ohne Darlehen) beträgt, verwundert es nicht, wenn nur jeder fünfte Student erklärt, daß seine vorwiegende Einkommensquelle die Förderung aus öffentlichen Mitteln (BAFöG) ist. Der „soziale Numerus clausus“ schlägt hier immer stärker zu.

Das Paket zur Verschlechterung der Studienbedingungen wird größer. Wer nicht ein entsprechendes Elternhaus hinter sich hat oder unzumutbare Belastungen auf sich nimmt, bleibt auf der Strecke. Mit diesen Methoden will sich das Kapital einen Nachwuchs heranziehen, der sich bedingungslos

Teilnahme von Studenten an bundesweiten Demonstrationen und Aktionen

24. Januar 1974: Über 40 000 beim Sternmarsch für Erhöhung der Stipendien in Bonn.

11. Juni 1975: 35 000 in Dortmund beim Sternmarsch gegen Abbau sozialer und politischer Rechte.

Dezember 1975: Bundesweite Aktionstage und Streiks an mehr als 100 Hochschulen, 25 örtliche und regionale Demonstrationen mit 60 000 Teilnehmern.

8. November: Tausende Studenten nehmen an der Demonstration der DGB-Jugend gegen Jugendarbeitslosigkeit in Dortmund teil.

24. April 1976: Festival der Jugend, Dortmund.

22. Mai 1976: Abrüstungsdemonstration in Bonn.

22. Juni 1976: VDS-Demonstration mit 35 000 in Bonn gegen das Hochschulrahmengesetz und den Abbau demokratischer Rechte.

Ende November 1976: Bundesweiter Streik der Fachhochschüler gegen das Hochschulrahmengesetz, das ihnen die Möglichkeit eines Weiterstudiums an den Universitäten nimmt.

Ende November/Anfang Dezember 1976: VDS-Aktionstage gegen Hochschulrahmengesetz und für Erhöhung der Stipendien.

unterordnet und gleichzeitig den Erfordernissen dieses Systems entspricht. Politischer Druck durch das Hochschulrahmengesetz, Berufsverbote und Bespitzelungen, Amtserhebungen von ASten ordnen sich nahtlos ein.

Doch der gewünschte Effekt blieb aus. Nicht weniger, sondern mehr Studenten engagierten sich.

Entscheidend dazu beigetragen haben die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS), in denen alle Studenten und Fachhochschüler zusammengeschlossen sind. Die VDS werden getragen von einem breiten Bündnis: Sozialistischer Hochschulbund (SHB), MSB Spartakus, Juso-Hochschulgruppen und Liberaler Hochschulverband (LHV). Die Aktionseinheit von Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberalen, die Verbindung zur Arbeiterbewegung, die Orientierung auf die Gewerkschaften und auf das Gemeinsame Handeln mit ihnen sind eine entscheidende Ursache und auch eine Voraussetzung für die Erfolge der Studentenbewegung.

Diese Orientierung hat sich, bei allen Problemen, die natürlich im Laufe der Zeit auftauchen, als richtig erwiesen. Sie ist Grundstein dafür, daß sich in den kommenden Monaten und auch darüber hinaus noch mehr Studenten aktiv an der Bewegung beteiligen. Die Schwerpunkte der VDS für das Wintersemester sind erstens der Kampf gegen das reaktionäre Hochschulrahmengesetz und seine Durchsetzung in den Ländern sowie der Kampf gegen den Numerus clausus, zweitens der Kampf gegen den Abbau sozialer Rechte und für längst überfällige BAFöG-Erhöhung auf 600 DM.

Diese Forderungen werden bei den anstehenden VDS-Aktionstagen und beim bundesweiten Streik der Fachhochschüler im Mittelpunkt stehen.

Die Ammenmärchen über die unpolitische Studentenschaft, über Duckmäusertum u. ä. können nicht vertuschen: immer mehr Studenten werden in die sozialen und politischen Auseinandersetzungen einbezogen. Aber da ist noch etwas, worüber andere gerne hinwegsehen: die Probleme der Studenten werden in größerem Maße von der arbeitenden Bevölkerung verstanden. Doch nicht nur das gegenseitige Verständnis ist gestiegen, sondern auch die Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln.

Sozialistischer Hochschulbund (SHB)

Es ist klar, daß die Bedingungen für unsere Arbeit an den Hochschulen durch politische Disziplinierung, Berufsverbote, Studienformierung und materielle Misere sehr vielschwieriger geworden sind, es ist nicht zu leugnen, daß sich Angst und Duckmäusertum breit machen konnten. Doch wenn auch auf diese veränderte Situation eine Reihe von Studenten mit Resignation und andere mit Kompromißlerum und Opportunismus reagiert haben, so ist gerade in diesem Jahr eine Tendenz immer stärker hervorgetreten, die ich auch schon am Anfang erwähnte: Die Empörung unter den Studenten wird immer größer, immer mehr Studenten sind bereit, aktiv für ihre Interessen einzutreten.

Jedes Zögern in den politischen Auseinandersetzungen ist deshalb falsch. Wir haben gesehen, daß viele Studenten zwar noch unsicher sind, wie unser Kampf zu führen ist, daß viele auch noch antikomunistische Vorurteile haben, doch wenn wir ihnen eine Perspektive aufzeigen, wenn wir ihnen konkrete Vorschläge für Aktionen zur Durchsetzung ihrer Forderungen machen, dann ist ein gemeinsames und kampftschlossenes Vorgehen möglich. Das nun gerade einen Monat laufende Semester bestätigt diese Einschätzung auf der ganzen Linie.

Auf diesem Wege müssen wir deshalb auch weitergehen, die Politik der Aktionseinheit, die zur Isolierung rechter und maoistischer Kräfte beitragen konnte, muß fortgesetzt und ausgebaut werden; sie hat dazu beigetragen, mehr Studenten in die Auseinandersetzungen einzubeziehen.

Diese Tendenz wird sich fortsetzen, wenn wir unsere Politik fortsetzen und sie noch konsequenter realisieren — die Herrschenden werden dann nicht länger an den Forderungen der Jugend vorbeikommen, die Bildungspolitik wird dann wieder zentraler Punkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzung werden!

Mechthild Jansen, Bundesvorsitzende des Sozialistischen Hochschulbundes, in einem Interview mit elan.

Arbeiterjugend, Schüler und Studenten kämpfen nicht getrennt, sondern gemeinsam. Unemployment, Lehrstellenabbau, Lehrermangel, Bildungsnotstand werden als Probleme erkannt, die alle gleichermaßen betreffen und gegen die man demzufolge zusammen kämpfen muß.

Die Demonstration des DGB in Dortmund und der VDS in Bonn, an denen Lehrlinge, ältere Kollegen, Schüler und Studenten teilgenommen haben, zeigen in aller Anschaulichkeit, wohin der weitere Weg gehen wird. ●

Jugend in ihrer Freizeit

1966 lagen einige Studenten im Haller Freibad. Es stank ihnen, daß in Schwäbisch Hall nichts los war. Sie kratzten ihr Geld zusammen, sammelten Unterschriften und mieteten von der Stadt die seit einiger Zeit leerstehenden Räume des ehemaligen Anlagencafés . . .

Heute ist der „Club Alpha“ in Schwäbisch Hall stolze zehn Jahre alt.

Damals vor zehn Jahren konnte man Jugendzentrumsinitiativen wie die der Alpha-Leute mit der Lupe suchen. Die vielbeschworenen 60er Jahre der Jugend- und Studentenrevolte fand im Freizeit- und Kulturbereich jedenfalls nicht statt. Die großen Pop-, Jazz- und Rockfestivals waren fest in der Hand der Profitmacher, Hippies durften den werbetätigen Rahmen abgeben. Ansonsten war Gammeln und Eckenstehen eher an der Tagesordnung als sich Sammeln und Einsatz für das Jugendzentrum, für den Jugendclub, gegen Superpreise in Diskos und Kneipen.

Heute ist der „Club Alpha“ einer von den mittlerweile fast 1500 Jugendzentrumsinitiativen und Freizeiteinrichtungen, die sich die Jugend erkämpft hat und um deren Existenz weiter gerungen werden muß.

Nach Angaben des Koordinationsbüros für Initiativgruppen der Jugendzentrumsbewegung e. V. arbeiten in den genau 1489 vom Koordinationsbüro betreuten Initiativen (zu denen Jugendräte u. ä. in bestehenden Jugendzentren gehören) durchschnittlich 25—30 Jugendliche pro Initiative aktiv mit. Das ergibt etwa 37 000—45 000 junge Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten, die sich mit der miesen und teuren Freizeitsituation in ihren Städten und Gemeinden nicht abfinden.

Bemerkenswert ist dabei, daß es kaum eine dieser Initiativgruppen gibt, die nicht bereits einmal in irgendeiner Form ihr Anliegen an die Öffentlichkeit getragen hat — sei es in kleineren oder größeren Demonstrationen, in Form von Informationsständen, Flugblättern, Go-ins in Rathäuser und Jugendämter.

Im Durchschnitt errechnet das Koordinationsbüro pro Initiative eine Mitgliedszahl von 50 Jugendlichen. Es haben sich demnach ca. 75 000 Jugendliche zwar nicht ständig, aber doch zu einem bestimmten Zeitpunkt aktiv für die eigenen Freizeitinteressen eingesetzt.

Dabei verlangte dieser Einsatz in zunehmendem Maße neben den notwendigen Aktionen und den neuen Aktionsformen einen langen und geduligen Atem im Ringen vorwiegend mit den kommunalen Behörden, ihren

erfahrenen Beamten und trickreichen Vertröstern.

Im Jahr 1976 stellten lediglich 8 Jugendzentrumsinitiativen ihre Arbeit offiziell ein.

Der vielerorts herbeigeschriebene Tod der Jugendzentrumsbewegung fiel also aus. Für das Jahr 1977 zeichnet sich stattdessen angesichts der Rotstiftspolitik der Gemeinden und Länder, durch Preisanstieg und steigende Jugendarbeitslosigkeit der größte Aufschwung einer breiten Freizeitlebewegung der Jugend ab, in deren Mittelpunkt die Forderung nach Mitbestimmung, nach Erweiterung bzw. Erhalt der finanziellen Mittel, die Möglichkeit zu weitestgehender schöpferischer Selbsttätigkeit sowie die Erweiterung des politischen, kulturellen Angebots und der Öffnungszeiten stehen wird.

„Besonders wenn es um die Schaffung von entsprechenden Freizeiteinrichtungen von Jugendlichen geht, kommt es daher immer wieder zu Selbstorganisation ohne das Aushängeschild „Bürgerinitiativen“, schreibt die Wochenzeitung das Parlament und veröffentlicht zugleich Zahlen, daß 42 Prozent der Jugendlichen von 18—24 Jahren in Bürgerinitiativen mitarbeiten würden. Zahlen, die in etwa der Anzahl der Jugendlichen entsprechen, die in bestehenden Bürgerinitiativen mitarbeiten.

Mehr als 4000 Amateur-Rock-Musikgruppen gibt es in der Bundesrepublik. Und das sind nur diejenigen, die einige Male im Jahr irgendwo auftreten. Unbekannt ist die Zahl der Musikmacher, die nur in ihren privaten Kellern und Buden hocken und noch gar nicht aufgetreten sind. 4000 Rock-Gruppen, d. h. 30 000—40 000 junge Menschen, die sich in ihrer Freizeit schöpferisch betätigen, Geld und viel Zeit dafür opfern. Viele haben sich mit ihrer Lage, keine Übungsräume, keine städtische oder staatliche Förderung, keine Unterstützung usw. abgefunden, nehmen sie als gegeben hin. Ausdrücklich benutzen viele auch die Musik, die sie selbst machen, als Flucht aus der Misere des Alltags, der Schule und des Betriebs, als Ansatzpunkt, an dem sie ihrem Streben nach Selbstverwirklichung, was auch immer sie darunter verstehen, besser nachgehen können.

Aber auch ein immer größerer Teil dieser Musiker und ihres engeren Anhangs, insbesondere aus den Gruppen, die häufiger auftreten, fragen sich nach ihrer Stellung und ihrer Aufgabe in dieser Gesellschaft. Sie diskutieren Ursachen und Auswirkungen dieses Systems und ein zwar geringer, aber doch größer werdender Teil beginnt sich auch zu engagieren, in ihren Texten und Musik politische Positionen zu beziehen, sich einzureihen in die demokratische Bewegung.

Natürlich ist gegen die große kapitalistische Schlagerindustrie mit ihren Zielen der Vernebelung gesellschaftlicher und politischer Probleme, kurzum gegen die Schnulze noch kein starker Baum, aber immerhin schon ein Kraut gewachsen. Die Konzerte der politischen Sänger wie Degenhardt, Süverkrüp, Wader sind überfüllt, ihre Scheiben werden mehr

JUGEND '77

und nicht weniger gekauft. Und dies trotz der Tatsache, daß sie erheblich weniger als die großen Schlagerstars vom Sog teurer Werbekampagnen zum Erfolg geführt werden. Sicher ist aber: Nicht die Jugend paßt sich zur Zeit an das flache und entpolitisierte Schlager- und Freizeitangebot der meinungsmachenden Konzerne an. Umgekehrt wird eher ein Schuh daraus. Texte und Songs wie sie Gunter Gabriel, aber auch schon Peter Alexander, Udo Jürgens auf den Markt werfen, müssen auf die Fragen und Forderungen der Jugend eingehen, und sei es auch nur zum Zweck, ihnen Richtung und Spitze zu verbiegen. Sozialkritisches, ganz vorsichtig auch schon mal Systemkritisches, die Sehnsucht nach kollektiver Geborgenheit und menschlicher Wärme zieht sich durch die Texte. Der Verlag „pläne“, in dem politische Liedermacher bei uns und aus aller Herren Länder, internationale Folklore, Polit-Rock ihre Plattenheimat haben, machte im Jahr 1976 ein ganz und gar branchenunübliches Plus: Während alle anderen Schallplattenfirmen ihren Umsatz um immerhin 10—15 Prozent steigern konnten, machte der „pläne-Verlag“ 26 Prozent mehr Umsatz. Wenn die mit 5,4 Millionen Mitglieder zahlenmäßig größte Jugendorganisation der BRD, die Deutsche Sportjugend (DSJ) nach Aussage ihres Pressesprechers Pieper (und dies bei insgesamt steigender Mitgliederzahl) einen Trend der 14—18jährigen „Weg vom Verein“ feststellt, so muß dies nicht gleichbedeutend sein mit einem Trend, der Jugendliche überhaupt

weg von der Organisierungsbereitschaft führt. Als mögliche Gründe für diese Entwicklung werden von der Sportjugend dabei genannt:

- Die Sportvereine werden den oft weiterreichenden Interessen und Ansprüchen der Mitglieder an ihre Freizeit nicht mehr gerecht.
- Nicht allein Sport soll Bestandteil des Vereinslebens sein, auch die großen und kleinen Probleme aus Arbeit und Schule sollen sich wiederfinden und berücksichtigt werden.
- Auch die Jugend in den Sportvereinen ist kritischer geworden. Die brennenden Fragen nach Breitensport, Berufsschulsport, aber auch voller Nutzung bestehender Sportanlagen werden mehr und mehr Gegenstand der Diskussionen und Forderungen der in den Sportvereinen organisierten Jugend.

Stärker hat unter der Jugend des Jahres 1976 die Bereitschaft zugenommen, auch die eigene Freizeit dafür zu opfern, anderen zu helfen, praktische Solidarität zu üben. Dafür sprechen zum Beispiel die Angaben des Internationalen Jugendgemeinschaftsdienstes (IJGD) in Bonn, der mit der Zunahme der Zahl der Teilnehmer an den verschiedenen Maßnahmen zugleich die Verjüngung der Teilnehmer festgestellt. Die IJGD führt, wie auch andere Jugendgemeinschaftsdienste, Maßnahmen zur Betreuung ausländischer Jugendlicher, zur Renovierung und Einrichtung von Begegnungszentren, Jugendzentren, Abenteuerspielplätzen durch. Dazu gehören auch in-

ternationale Arbeits- und Solidaritäts-camps, deren Erlös für den Aufbau in Vietnam oder den Widerstand in Chile zur Verfügung gestellt wird.

Die Gründe zur stärkeren Teilnahme von Jugendlichen liegen in der sozialen Lage begründet: weniger Geld für Urlaub, Arbeitslosigkeit. Dazu kommen aber fast gleichrangige Motive wie: sinnvolle Freizeit verbringen, Solidarität üben wollen, neue Kontakte knüpfen und Geborgenheit einer Gruppe kennenlernen wollen. Tatsache ist, daß längst nicht alle Interessen solcher Art der Freizeitausfüllung angenommen werden können, da angesichts der Rotstiftpolitik in den Kommunen die Finanzierung solcher gemeinnütziger Projekte zurückgeht. Die Bereitschaft, sich für die Verbesserung der Freizeitmöglichkeiten und -bedingungen selbst aktiv einzusetzen, sich gegen Manipulierung und Teuerung zu wehren, hat unter der Jugend beträchtlich zugenommen. Dabei treten verstärkt auch spontane Aktionen zutage: So demonstrierten in Bonn im Oktober und November rund 3000 jugendliche Motorradfahrer, meistens Besitzer und Beifahrer(innen) mittelschwerer Maschinen gegen die Erhöhung der Versicherungsprämien für Motorräder, die einem Großteil der motorsportbegeisterten Jugendlichen ihr Hobby unmöglich machen.

In der unter Lehrlingen, jungen Arbeitern und Schülern durchgeführten Umfrage von elan sieht das Ergebnis zu den Fragen zur Freizeitsituation so aus:

Würdest du dich dafür einsetzen, daß die Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung verbessert werden?

Dazu habe ich keine Zeit	15 %
Das Freizeitangebot reicht mir aus	20,2 %
Ich würde mich an einer Unterschriftensammlung beteiligen	42,5 %
Ich würde mich an einer Demonstration beteiligen	13,5 %
Ich würde in einer Freizeitinitiative (Jugendzentrumsinitiative) mitarbeiten	37,5 %

(Die Antworten liegen über 100 %, da die Befragten mehrere Antworten ankreuzen konnten)

elan

HERAUSGEBER

Wolfgang Gehrcke, Bernhard Jendrejowski, Jürgen Laimer, Rolf Jürgen Priemer, Karl Hubert Reichel, Ulrich Sander, Karl-Heinz Schröder, Dr. Peter Schütt, Pastor Horst Stuckmann

CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke

STELLV. CHEFREDAKTEUR

Peter Bubenberger, Dortmund (verantwortlich)

REDAKTIONSBEIRAT

Reinhard Aff, Wolfgang Bartels, Dieter Döpke, Franz Hutzfeld, Dagmar Kies, Werner Maletz, Dorothee Peyko, Jürgen Pomorin, Ingolf Riesberg, Ruth Sauerwein, Peter Schröder, Werner Stürmann

GESTALTUNG

Reinhard Aff

REDAKTION / VERLAG

Weltkreis-Verlags-GmbH
Brüderweg 16
Postfach 789
4600 Dortmund 1
Telefon (02 31) 57 20 10

VERLAGSLEITER

Hans-Walter von Oppenkowski

PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,-
einschl. Mehrwertsteuer
Jahresabonnement DM 13,-
einschl. Zustellgebühr

KONTEN

Weltkreis-Verlags-GmbH
Bank für Gemeinwirtschaft
Dortmund,
Konto 10 068 742 (BLZ 440 101 11)
Postscheckkonto Ffm.,
Konto 2032 90-600
(BLZ 500 100 60)

DRUCK

Plambeck & Co
Druck und Verlag GmbH,
Neuss

